

Mittelschiff 35 Pf., monatlich 1,00 M.  
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.  
einschließlich 60 Pf. Postgebühren und  
72 Pf. Postbestellgebühren. Kassenab-  
onnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt  
und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner  
„Frauenstimme“, „Leserbriefe“, „Bild in  
die Bismarckzeit“, „Jugend-Vorwärts“  
und „Stabteilungs“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einjährige Kampfbroschüre  
50 Pfennig, Best.-Nr. 5.— Reichs-  
macht „Kleine Ausgaben“ das unge-  
druckte Wort 25 Pfennig (einschließlich  
freigelegte Worte), jedes weitere Wort  
12 Pfennig. Streifenhefte das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite  
40 Pfennig. Anzeigenannahme im „Vorp-  
schiff“ (Eintritt 3. monatlich  
von 2, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbesondere: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, Wallstr. 66. Dr. P. u. Disc.-Ges., Debitenkasse Lindenstr. 3.

## Hilfe für Polen!

### Ruf der deutschen Sozialdemokratie an die Sozialistische Arbeiterinternationale

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat an das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Zürich folgenden Brief gerichtet:

Werte Genossen!

Die auf Befehl der Regierung Pilsudski vorgenommene Ver-  
haftung von Parlamentariern aus den Reihen der Opposi-  
tionsparteien Polens, insbesondere von führenden Genossen  
der P. P. S., ist ein Ereignis von so weittragender Bedeutung, daß  
eine unverzügliche und kraftvolle Aktion der Internationale gegen  
diese faschistische Gewalttat unerläßlich erscheint. Die gegenwärtige  
polnische Minderheitsregierung hat damit bewiesen, daß sie die  
Bahnen der verfassungsmäßigen Legalität, die sie bisher wenigstens  
dem Schein nach noch zu respektieren vorgab, endgültig verlassen hat.  
Marschall Pilsudski steuert nunmehr einen bewußt faschistischen  
Kurs. Der Terror, der bereits bei den letzten Sejmwahlen von der  
Regierung, freilich ohne Erfolg, angewendet worden war, wird bei  
den heutigen Neuwahlen in unvorstellbarem Maße gesteigert, weil die mili-  
taristischen Machthaber erkannt haben, daß sie bei einer wirklichen  
Volksbefragung in einer hoffnungslosen Minderheit verbleiben  
würden.

Die Internationale hat zweifellos die Pflicht, die Öffentlichkeit  
der ganzen Welt zum Protest gegen diese neueste Untat  
der Regierung Pilsudski aufzurufen, die alle bisherigen  
Drangsalierungen der sozialistischen und nichtsozialistischen Opposition  
in Polen weit in den Schatten stellt. Unsere Anregung geht dahin,  
daß das Büro der Internationale sich sofort mit den angeschlossenen  
Parteien in Verbindung setzt und ihnen empfiehlt, alle geeigneten  
Schritte zu unternehmen, um diesem Wahnsinn Einhalt zu gebieten

und zunächst vor allem die vorgenommenen Verhaftungen  
wieder rückgängig zu machen. Ueberall, wo dies möglich ist  
und wo eine solche Aktion einen Erfolg verspricht, vor allem in den  
Ländern der westlichen Demokratien, deren Regierungen einen Druck  
auf Polen auszuüben in der Lage sind, sollten unseres Erachtens  
von den Vorständen der politischen Parteien und Parlamentsfrak-  
tionen entsprechende Schritte unternommen werden.

Es handelt sich nicht nur um eine innerpolitische Angelegenheit  
Polens, um ein Uebertreten der faschistischen Diktatur auf die pol-  
nische Republik, sondern auch um eine eminente Gefahr für den  
europäischen Frieden. Diktaturregierungen bedeuten, weil  
sie alle in ihrem Wesen militärisch sind und dem Prinzip der Gewalt  
huldigen, eine schwere Belastung für das friedliche Zusammenleben  
der Völker. Die polnische Sozialistische Partei hat bisher die stärkste  
Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens mit den Nachbarn  
Polens. Sie trat am energischsten für die Respektierung der Rechte  
der nationalen Minderheiten ein, die über ein Drittel der Gesamt-  
bevölkerung Polens bilden. Ihre Vernichtung, die Pilsudski jetzt mit  
ähnlichen Methoden wie Mussolini erstrebt, würde den nationa-  
listischen und militaristischen Elementen freie Bahn verschaffen.

Wir haben uns bereit, durch diesen Schritt unseren polnischen  
Genossen, mit denen wir bisher noch keine Fühlung aufnehmen  
konnten, öffentlich unsere Solidarität zu bekunden, und wir sind  
überzeugt, daß auch die Genossen der übrigen Länder alles in ihren  
Kräften Stehende tun werden, um der Sache des Sozialismus und  
der Demokratie in Polen zur Hilfe zu kommen.

Berlin, 10. September 1930.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Der Pilsudski-Barismus.

### Die verfolgte Opposition setzt sich zur Wehr.

Warschau, 10. September. (Eigenbericht.)

Unter den verhafteten Oppositionsführern sind auch  
der Bauernführer und frühere Ministerpräsident Witos  
und die bisherigen sozialistischen Abgeordneten aus West-  
galizien Ciolkosz und Mastel. Auch ukrainische  
Irredentisten und ein des schweren Eigentumsverbrechens  
beschuldigter bisheriger Pilsudski-Abgeordneter sind ver-  
haftet, um so den Schein der Unparteilichkeit zu wahren.  
Jedoch wirkt das gleichartige Vorgehen gegen die Führer  
der polnischen Mehrheit und gegen ausgesprochene Polen-  
feinde sowie gemeine Verbrecher um so aufreizender.  
Alle Verhafteten wurden von Gendarmen bei Nacht in  
Anwesenheit einer entlegenen Festung gebracht, deren  
Name geheim gehalten wird, wahrscheinlich Brest am  
Bug oder die Weichselfestung Dombin.

Die Warschauer Anwaltskammer hat gegen die Verhaftung ihres  
Mitgliedes Liebermann sofort protestiert. Er sei als parla-  
mentarischer Ankläger vor dem Staatsgerichtshof auch nach der  
Parlamentauflösung rechtmäßig unantastbar.

Alle demokratischen Oppositionsparteien haben einen gemein-  
samen Aufruf zur Rettung des bedrohten  
Rechtes und der Volksfreiheit erlassen. Keine Gewaltmaßnahme  
könne ihren Willen brechen. Die Diktaturregierung Pilsudkis habe  
das Land so zerrüttet, daß für fremde Imperialisten geradezu ein  
Anreiz zum Eingreifen geschaffen sei. Die Opposition verlangt Rück-  
kehr zur Demokratie, verstärkte Sozialpolitik und friedliche Außen-  
politik zur Sicherung der Landesgrenzen.

Die Oppositionspresse ist am Mittwoch in Massen beschlag-  
nahmt worden. Dennoch zirkulierten zahlreiche Exemplare der  
konfiszierten Nummern.

### Die verhafteten Sozialisten.

Unter den verhafteten Parlamentariern sind mehrere auch im  
Ausland wohlbekannt. So von den Sozialisten Gen. Dr. Herman  
Liebermann, der schon im österreichischen Parlament  
einer der glänzendsten Redner war. Als Rechtsanwalt hat  
er im neuen Polen besonders auch politische Angeklagte sehr  
wirkungsvoll verteidigt, so verschiedene deutsche Ostberchleser und  
den Volksbundsführer Witt. Der Sejm bestimmte Liebermann zur  
Vertretung der Anklage gegen den Finanzminister Czedowicz vor  
dem Staatsgerichtshof, wegen der fast 600 Millionen betragenden  
Einkaufsverhandlungen. In diesem Prozeß schimpfte Pilsudski in ge-  
wöhnlicher Weise und sagte wörtlich zum Gerichtshof: „Meine  
Hände sind rein, nicht schmutzig wie die des Dr. Lieber-

mann.“ Hätte der Anklagevertreter darauf sofort erwidert, so  
bestand nach der uns gewordenen Versicherung eines Augenszeugen  
die fast völlige Gewißheit, daß die Offiziere, die um Pilsudski herum-  
standen, Liebermann niedergeschlagen hätten. In der  
nächsten Sitzung aber kennzeichnete Liebermann das Auftreten des  
Warschauer so scharf und treffend, daß er ihm es gewiß nicht ver-  
ziehen hat. Senator Dr. Pragier ist ein Gelehrter von sehr  
ruhigem Wesen, was aber die Schärfe seiner Gegnerlichkeit gegen den  
Diktaturkurs nicht mildert; vor wenigen Monaten ist Pragier bei  
einer Arbeiterdemonstration in Warschau von attackierenden Poli-  
zisten verletzt worden. Professor Barticki ist der Vorsitzende des  
Parteiausschusses der polnischen Sozialisten, Dubois, das jüngste  
Mitglied des Sejm und Führer der Arbeiterjugend. Vor wenigen  
Wochen war Dubois mit einer starken Jungarbeitergruppe in Berlin  
und hat auch öffentlich gesprochen. Genosse Ciolkosz ist Ab-  
geordneter von Krakau und hat vor einiger Zeit in der Studentischen  
Völkerrechtstagung Berlin einen Vortrag für die deutsch-polnische Ver-  
ständigung gehalten, der großen Eindruck machte.

## Straßenbahnunglück in Zürich.

### 2 Tote, 10 Schwerverletzte.

Zürich, 10. September.

Ein schweres Straßenbahnunglück, bei dem zwei Frauen  
ums Leben kamen und zehn Personen schwer verletzt wur-  
den, ereignete sich heute nachmittag in Zürich.

In einem Straßenbahnhof waren drei aneinander gefesselte  
Anhängewagen in Bewegung gekommen. Ehe der Vorgang be-  
merkt werden konnte, rollten die Wagen aus dem Bahnhof hinaus  
und die abfällige Straße hinunter.

An einer Haltestelle stürzten sie auf einen gut besetzten Wagen  
auf, der in rasende Fahrt geriet. Die Fahrgäste wurden von furch-  
barem Schreden erfaßt. In einer scharfen Kurve sprang der Wagen  
aus dem Gleis und der erste Wagen überschleuderte an einer Mauer, die  
nachfolgenden drei Wagen bohrten sich in die Trümmer des ersten  
Wagens hinein.

Die zehn Schwerverletzten wurden in ein nahegelegenes Kranken-  
haus gebracht, die beiden toten Frauen konnten erst nach mehr-  
stündiger Arbeit aus den Trümmern geborgen werden.

Der stehende Laster des Straßenbahnwagens  
begab unter dem Eindruck des furchtbaren Unglücks einen Selbst-  
mordversuch. Er reflektierte einen Haß der Hochspannungs-  
leitung und fiel mit schweren Brandwunden zu Boden.

## Politische Erneuerung.

### Alte und neue Köpfe im Parlament.

Von Wilhelm Dittmann.

Unendlich viel Tinte ist in den letzten Jahren über dieses  
Thema bereits verschrieben worden. Immer wieder wurde  
„frisches Blut“ gefordert, „neue Männer“ sollten  
kommen, eine „Verjüngung“ wurde als Allheilmittel  
gegen die angeblich drohende „Verkaltung“ des Reichstags  
und des politischen Lebens angepriesen. Auch jetzt, vor den  
Neuwahlen zum Reichstage, spielt die Frage in allen bürger-  
lichen Parteien wieder eine große Rolle. Da ist es nützlich,  
an Hand der Tatsachen einmal zu prüfen, wie es in Wirk-  
lichkeit mit der angeblich mangelnden Erneuerung und Ver-  
jüngung des Reichstags und des politischen Lebens steht.

Um es vorweg zu sagen: Die Wirklichkeit zeigt ein  
anderes Bild, als es bei den Presseörterungen gewöhnlich  
dem Leser vorgegaukelt wurde. Der Wechsel in der Person der  
Reichstagsmitglieder ist in der Nachkriegszeit ganz allgemein  
so stark gewesen, daß im jetzt aufgelösten Reichstag in den  
meisten Fraktionen nur noch wenige Abgeordnete waren, die  
bereits dem Kriegs-Reichstag oder einem seiner Vor-  
gänger angehört. Die Fluktuation war bei manchen Frak-  
tionen so stark, daß dadurch die Tradition, die Kontinuität  
und Stabilität der politischen Haltung und Führung ver-  
loren ging.

Von den 45 Deutschkonservativen des Kriegs-  
Reichstags waren nur noch fünf (Westarp, Schiele, Graf-  
Thüringen, Kieseberg, Vogt-Wirtemberg), von den 13  
Reichsparteilern war nur noch einer (Schulz-  
Bromberg), von den acht Mitgliedern der Wirtschaft-  
lichen Vereinigung waren nur noch zwei (Behrens,  
Rumun), von den drei Mitgliedern der Deutschen Re-  
formpartei war nur noch einer (Bruhn), von den fünf  
Weissen auch nur noch einer (Alpers), von den 18  
Polen, den zehn Wilden und den neun Eliaß-  
Lothringern keiner, von den 44 Nationallibe-  
ralen — nach Stresemanns Tod — auch kein einziger, von  
den 42 Fortschrittler waren nur noch zwei (Fisch-  
bed, Haas), von den 90 Zentrumsabgeordneten  
nur noch zehn (Beder-Arnberg, Dr. Bell, Holz, Diez, Gies-  
berts, Herold, Marx, Wirth, Pfleger, Veicht) im letzten  
Reichstage. Von insgesamt 287 bürgerlichen Abgeordneten  
des Kriegs-Reichstags gehörten also nur noch 22 dem letzten  
Reichstage an. Das bedeutet eine „Erneuerung“ zu rund  
80 Prozent!

Die davon betroffenen Fraktionen, die fast einem  
Taubenschlag glichen, waren nur lose zusammengewürfelte  
„Interessentenhäuser“ ohne den festen inneren Zu-  
sammenhalt früherer Zeit. Ihre Unausgeglichenheit und  
mangelnde Verbundenheit mit der Tradition und Erfahrung  
der Vergangenheit kam oftmals in ihrem parlamentarischen  
Verhalten zum Ausdruck. Es fehlte an Führernach-  
wuchs, der sich bereits eine auf Wissen, Können und Er-  
fahrung aufgebaute Autorität hätte erwerben können. Das  
trat besonders scharf beim Zentrum hervor, als es vor eini-  
gen Jahren kurz hintereinander seine alten parlamentarischen  
Führer durch den Tod verlor.

Eine Ausnahme von allen Parteien macht allein die  
Sozialdemokratie. Von den 110 sozialdemokratischen  
Abgeordneten des Kriegs-Reichstags oder seiner Vorgänger  
gehörten noch 31 dem letzten Reichstage an (Bender, Bod,  
Brandes, Brey, David, Dittmann, Feldmann, Henke, Hilden-  
brand, Hoffmann-Kaiserslautern, Keil, Krähig, Landsberg,  
Lipinski, Müller-Franken, Pens, Quessel, Scheidemann, Rob.  
Schmidt, Schöstin, Heintz, Schulz, Oswald Schumann, Seve-  
ring, Joseph Simon, Spiegel, Südklen, Taubadel, Ulrich,  
Wels, Wiffell). Trotz der Erschütterung, die Krieg, Revo-  
lution und Inflation auch der Sozialdemokratie gebracht  
haben, ist es ihr doch gelungen, die generations-  
mäßige Erneuerung ihres Fraktionsbestandes ohne  
den katastrophalen Wechsel zu vollziehen, der die bürgerlichen  
Parteien seit Kriegsende heimgesucht hat. Tradition, Kon-  
tinuität und Stabilität sind bei der Sozialdemokratie im  
Reichstage am stärksten erhalten geblieben, trotzdem gerade  
sie in ihrer politischen Praxis eine völlige Umstellung hat  
vornehmen müssen. Auch diesmal erfolgt wieder ein nor-  
maler Abgang alter und normaler Zugang junger Kräfte.

Die nach dem Kriege neu entstandenen Parteien, wie  
die Kommunisten und die Nationalsozialisten,  
weisen denselben starken Wechsel im Personenbestande ihrer  
Reichstagsfraktion auf wie die alten bürgerlichen Parteien.

# Oeffentliche Wählerkundgebungen.

Heute, Donnerstag, 11. September:

- 1. Kreis Mitte. Alle radfahrenden Parteigenossen, Sportler, Sozialistische Arbeiterjugend, Reichsbanner, treffen sich zum Berbeumzug mit ihren Rädern pünktlich 18 1/2 Uhr auf dem Neuen Markt. — Abfahrt zur Kula-Berbefahrt 17 Uhr Urtonaplag.
- Friedrichshain, 32. Abt. 20 Uhr in den Andreas-Festfäden, Andreasstr. 21. Redner: Carl Litz.
- 6. Kreis Kreuzberg. Antreten zum Berbeumzug mit Rüst und Fackeln pünktlich 18 Uhr Fontanepromenade. Redner: Karl Henschold. — Fackeln werden am Sammelplatz ausgegeben.
- 9. Kreis Wilmerdorf. 20 Uhr im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114/115. Redner: Siegfried Aufhäuser.
- Zehlendorf-Mitte. 20 Uhr im Lokal „Mutter Rosow“, Schachtelstraße, Potsdamer Chaussee 85. Redner: Regierungsrat Prawitz. — Thema: „Sozialdemokratie und Beamtenchaft.“
- Mariensfelde. 20 Uhr im Lokal Peisch, Berliner Str. 96. Redner: Georg Waderholz, W. d. L.
- Neuföhn, 93. Abt. 18 1/2 Uhr gemeinsam mit der Sozialistischen Arbeiterjugend Kundgebung auf dem Böhmisches Platz. — Platzkonzert S.A.K. Kapelle, sowie Sprechchor. Redner: Hermann Harnisch, W. d. L. und Genosse Hoffmann.
- Baumschulweg. 19 1/2 Uhr in der Kula des Angeums, Baumschulweg. Redner: Friedrich Stampfer.

- Niederschönhausen. 20 Uhr im Lokal „Sonsouci“, Nordend, Kaiser-Wilhelm-Str. 46. Redner: Redakteur Franz Mühs. — Gesangsbeiträge des Gesangsvereins „Zukunft“, Sprechgemeinschaft Niederschönhausen. Fürwörterführung: „Freie Fohri“ und der Trickfilm: „Dem deutschen Volke.“
- Blankenburg. Alle radfahrenden Genossinnen und Genossen versammeln sich zur Berbefahrt 17 1/2 Uhr pünktlich bei Flug, Dorfstr. 2.
- Zegel. 20 Uhr im Lokal Hühner, am Bahnhof Schulzendorf. Redner: Viktor Malina. — Mitwirkung: Gemischter Chor „Polymymnia“.
- Hermisdorf. 20 Uhr im Lokal Ludwigsplatz, Albrechtstr., Ecke Neue Bismarckstr. Redner Willi Wolff. — Aufheben Gesang und Filmvorführungen.
- Jungwähler-Kundgebung. Um 19 Uhr Platzkonzert auf dem Langener Platz, 19 1/2 Uhr Abmarsch zur Kundgebung im kleinen Parusaal, Müllerstr. 142. — Politische Revue — Ansprache — Sprechchor.

## Wählerinnenkundgebungen!

17. Kreis Lichtenberg. Donnerstag, 11. September, 19 1/2 Uhr, in der Kula der Knabenmittelschule, Lichtenberg, Marktstraße, Kundgebung der Frauen und Jungwähler. Referat der Genossin Paula Kurgah: „Der Kampf der Sozialdemokratie gegen die Reaktion“. Ferner Mitwirkung des Ebert-Mary-Quartetts und der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

# Mussolinis Nordfanatismus.

Protest gegen Pressekritik.

Die Hinrichtung der vier jungen Slowenen zwangslowenischer Staatsbürgerschaft wegen des Bombenanschlags auf eine Triester Faschistenzeitung, der nach sicheren Indizien von italienischen Faschisten verübt worden ist, hat in der Wiener Linkspresse die scharfe Verurteilung erfahren, die dieser Schandtat gebührt. Hat man doch die Verurteilten erst noch drei Stunden durch die heiße, staubige Umgebung Triests getrieben, um sie dann hinterwärts abzuhallen.

Der Gesandte Mussolinis in Wien, Auriti, hat nun bei der Bundesregierung diese selbstverständliche Haltung der Wiener Linkspresse getadelt und nach den geplanten Maßnahmen der Regierung gegen eine Fortsetzung dieser Pressekritik gefragt. Der Gesandte und sein Chef wissen natürlich ganz genau, daß es in der Republik Oesterreich keine Zensur gibt; aber gegen den schwachen Donaustaat können sie sich ja allerhand erlauben — im Zeichen des Freundschaftsvertrages.

In Triest und Umgebung haben die Faschisten inzwischen rund tausend Personen, besonders Slawen, verhaftet, darunter die ganze Familie des am Samstag erschossenen jungen Katicic, dessen Vater Selbstmord begangen hat.

In Triest und in den umliegenden Ortschaften sind über 20 000 Milizsoldaten zusammengezogen. Besonders sind die Faschisten, weil die slowenische Bevölkerung zum Zeichen ihrer Enttötung und Trauer wegen der vier Hinrichtungen eine einzigartige Kundgebung veranstaltete.

Die Bewohner von ganzen Dörfern sind aus den Häusern in die naheliegenden Wälder gegangen,

wo sie den ganzen Tag und die ganze Nacht zum Sonntag in tiefem Schweigen verbrachten. Diese wortlose Kundgebung, während der die Bevölkerung nichts aß und nichts trank, dauerte bis Sonntag früh. Dann gingen die Leute in die Kirchen, um Trauergebete zu verrichten. Die Faschistenblätter in Triest und Benedig schreiben zu dieser Kundgebung: „Wir haben noch genug Blei und Pulver für andere, die sie ebenfalls in den Rücken bekommen können. Wir werden damit nicht sparen!“

Die jugoslawische Regierung drohet, durch scharfe Maßnahmen die Presse und das Volk an Kundgebungen gegen Mussolinis Nordregime zu hindern.

## Italien mobilisiert

Paris, 10. September. (Eigenbericht.)

Alarmierende Berichte englischer Blätter und Agenturen über eine plötzliche Zuspitzung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen werden vom „Paris Mid“ durch eine Privatmeldung aus Rom ergänzt. Demzufolge soll die faschistische Regierung die Mobilisierung von vier Reserveklassen in Istrien und Fiume angeordnet haben. Das Motiv dieser Maßnahmen sei die Befürchtung der faschistischen Regierung, der revolutionären Strömungen der slawischen Bevölkerung infolge der Triester Hinrichtungen nicht mehr Herr werden zu können. Die Demonstrationen in Belgrad und Laibach sowie die italienischen Mobilisierungen und Rüstungen hätten die italienisch-jugoslawische Spannung derart verschärft, daß die Grenzen bis auf weiteres gesperrt werden mußten.

Die plötzliche Abreise Grandis aus Genf wird mit diesen Ereignissen in Zusammenhang gebracht.

## Das Urteil von Triest.

Ein Stück Bürgerkrieg.

Locarno, 10. September. (Eigenbericht.)

Ueber die blutrünstige Gastrolle, die das Spezialgericht in Triest gegeben hat, siehe sich sehr viel sagen, wenn man den Prozeß als strafrechtliche Angelegenheit ansieht. Dann wäre der Galoppschritt der Verhandlung hervorzuheben, der

in zwei Tagen die ganze Beweisaufnahme für 18 Angeklagte

zu Ende führte, weiser die Weigerung des Kommandanten des Armeekorps von Triest, das Gnadengesuch weiterzuleiten und schließlich die Tötung durch Erschießen in den Rücken, die das Ausnahmegericht, auf Grund dessen verurteilt wurde, nicht vorzieht, und das Militärstrafgesetz nur für Landesverräter, um die es sich in diesem Falle nicht handelte. Es wäre hervorzuheben, daß alle Verurteilten, bis auf einen, keine Vorstrafe erlitten

hätten, was das Gericht vielleicht als Zeichen antisfaschistischer Gesinnung für straferbhöhend angesehen hat.

Wir sehen aber in dem Prozeß nichts, was mit Rechtspredung zu tun hätte. Es war eine in den Rahmen eines gerichtlichen Verfahrens eingeschlossene Episode des Bürgerkriegs, wie dieser zwischen einer bewaffneten Macht und kaum bewaffneten Freischärlern geführt, und blutig, wie eben der Bürgerkrieg ist. Der Oberstaatsanwalt Dejjn — den Namen wollen wir uns merken — hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er von dem Wirken der Angeklagten sagte:

„Der Kampf wurde gegen die faschistische Regierung aufgenommen, gegen den Faschismus, der eine Lebensregel darstellt, die die Rückenwirbel der Nation verbessert und erneuert hat. Gegen den Faschismus, der den Jement darstellt, durch den heute ganz Italien eine glühende Masse von Willenskraft ist, im Dienste eines Genus.“

Bei allem Wohlwille der Ausdrucksweise — wir denken, einige von den zur Ausbesserung gegebenen Rückenwirbeln sind der Nation noch nicht zurückgestellt worden — versteht man deutlich, daß die Angeklagten auch nach der Ansicht ihrer Schergen gar nicht schuldig waren, den Schaden des Staates oder des Vaterlandes zu waffen. Gegen den Faschismus ging der Kampf. Deshalb hat man vier erschossen und auf die übrigen 12 im ganzen 147 Jahre Zuchthaus verurteilt. Das Vorgehen steht moralisch und juristisch nicht höher als eine beliebige Strafexpedition. Auch bei denen hat es gelegentlich vier Lote gegeben.

Die der Presse von Rom vorgelesenen Kommentare betonen einstimmig, daß Italien durch dieses Urteil die europäische Kultur gegen die Balkanisierung schützt. Es ist sehr gut, daß man uns das so einstimmig sagt, denn auf diesen Gedanken wäre in der der ganzen Welt keiner gekommen. Man hat vielmehr den Eindruck gehabt, daß das faschistische Italien alles Balkanische, was in Europa noch herumspukte, in sich aufnimmt und in ein System bringt, das Faschismus heißt.

## Italienischer Protest in Prag abgebligt.

Prag, 10. September.

Die Erschießung der vier Slowenen in Triest hat die tschechoslowakische Presse zu heftigen Angriffen gegen Italien veranlaßt. Der italienische Gesandte Pedrazzi erschien heute im Außenministerium und legte gegen die Angriffe der tschechoslowakischen Presse formell Beschwerde ein. In Vertretung des Außenministers Beneß erklärte Minister Krotka, daß er den Einspruch zurückweisen müsse. Die Regierung könne auf die Presse keinen Einfluß ausüben, da die Zeitungen von der Regierung unabhängig seien.

## Das russische Hungerelend.

Meldung des britischen Arbeiterblattes mit Moskauer Zensurverlaubnis.

London, 10. September. (Eigenbericht.)

Der Moskauer Korrespondent des „Daily Herald“ droht seinem Blatt: „Während die russische Presse Artikel schreibt mit der Ueberschrift: „Das Schlangeelend kann und muß aufhören!“, werden die Schlangen vor den Verkaufsläden länger und zahlreicher. Die Moskauer Hausfrauen sind von einer neuen Plage heimgesucht. Zum ersten Male nach zwei Jahren beginnt wieder das Aufstehen nach Brot. Die Bevölkerung empfindet dies um so schlimmer, als sie weiß, daß die Ernte gut war und beträchtliche Getreidemengen ins Ausland gehen. Das Schlangeelend nach Brot wird deshalb auf die klägliche Organisation der Kooperativen zurückgeführt, die das Monopol des Brotverkaufs besitzt. Die Presse fährt deshalb fort, die Kooperative der vollkommenen Unfähigkeit anzuliegen, der Bürokratie und der Interesselosigkeit gegenüber der Bevölkerung.“

## Deutsch-chinesischer Luftverkehr.

Drei Linien Berlin-Schanghai.

Aus Schanghai wird von einem Abbruch eines deutsch-chinesischen Luftfahrabkommens berichtet. Nach chinesischem Recht wird unter Beteiligung der Deutschen Luftkhanja A.G. eine Gesellschaft mit einem Kapital von 3 Millionen Dollar gegründet, wovon die chinesische Regierung zwei und die Deutsche Luftkhanja A.G. eine Million Dollar übernehmen soll. Ein Zehntel des Aktienwertes wird eingezahlt. Die Deutsche Luftkhanja A.G. stellt das gesamte Material. An der Spitze der Gesellschaft stehen sechs chinesische und drei deutsche Administratoren, die nur mit chinesischen, von der Ranking-Regierung bestimmten Banken zusammenarbeiten sollen.

Eine stetige, auf Erfahrung aufgebaute, parlamentarische Praxis kann sich deshalb bei ihnen schwer herausbilden, auch deshalb nicht, weil bei ihnen die jüngere Generation in so starkem Maße überwiegt, daß das alte Wahrwort „der Jugend die Tat, dem Alter der Rat“, in seinem letzten Teile keine Anwendung finden kann. Zeitpolitik mit bombastischem Phrasengehämmer wird auch künftig ihr besonderes Merkmal sein, zumal systematisch alle Abgeordneten bei einer Neuwahl abgesetzt werden, die so naim waren, im Parlament sachlich zu arbeiten.

Die „Erneuerung“ wird bei der jetzigen Reichstagswahl weitere Fortschritte machen. Die Auflösung der „Demokratischen Partei“ und die Bildung der „Deutschen Staatspartei“ zeigen das ebenso wie die Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei und die Bildung neuer Rechtsgruppen. Aber personale Erneuerung wird kaum von einer Erneuerung des Geistes begleitet sein. Auf sie aber kommt es an. Die Gründer der neuen Staatspartei hoffen zwar, daß sie einen neuen Geist in den künftigen Reichstag hineinbringen werden. Aber auch diese neue Partei bekennt sich zur privatkapitalistischen Wirtschaftsweise. In einer Zeit, in der die Volkswirtschaft immer mehr von privatkapitalistischen Monopolen beherrscht wird, wird der Uebergang zur sozialistischen Wirtschaftsweise zur zwingenden Notwendigkeit. Nur wer das erkannt hat und in diesem Sinne umgestaltend in das politische Leben eingreift, ist Träger eines neuen Geistes, kann zu einer wirklichen Reichstagserneuerung und Erneuerung des politischen Lebens beitragen.

Dadurch, daß Abgeordnete gewählt werden, die das Schwabenalter noch nicht erreicht haben, wird allein noch keine Erneuerung und Verjüngung geschaffen. Das beweisen gerade die Herren Brüning und Treviranus. Wenn Herr Treviranus als Klabaufmann der Regierung Brüning fortgesetzt in der Tafelrunde des Reichsschiffs herumspuckt und Freude und Befriedigung darin findet, andere zu beunruhigen, so ist das ein Rückfall in alte Tirpitz-Methoden. Und Herrn Brünings angeblich funkelneulene Sammlungs-politik gegen die Sozialdemokratie ist so alt wie der Kampf gegen die Sozialdemokratie.

Hinter dem ganzen Erneuerungs- und Verjüngungsgerede im bürgerlichen Lager steht nur die Angst vor dem Anwachsen der Sozialdemokratie, und ihrem zunehmenden Einfluß in Reich, Staat und Gemeinde. Das klingt aus allen Wahrschriften und Wahrsreden heraus, die den Wählern jetzt vorgelesen werden. Das Bürgertum fürchtet die Erneuerung und Verjüngung, die von der Sozialdemokratie ausgeht. Das Volk aber kann allein auf diese Erneuerung und Verjüngung seine Hoffnung setzen.

## „Die Lumpen zu Hause.“

Deutschnationale prangern sich selbst an.

In dem Wahlmaterial, das die Deutschnationale Partei für ihre Agitatoren und für die Dummen im Lande herausgibt, findet sich ein Sop, der festgehalten zu werden verdient. Er lautet:

„Im November 1918 waren die anständigen Deutschen tot oder lagen im Schützengraben, die Lumpen aber zu Hause machten die Revolution.“

Wir greifen auf gut Glück ein paar Namen von denen heraus, die sich als die wildesten und fanatischsten Gegner der durch die Revolution geschaffenen Zustände gebärden. Wir nehmen von den Deutschnationalen die Herren Hugenberg, Didenburg-Januschau, den inzwischen von den Konservativen übergetretenen Grafen Westarp, Quack, Freitag-Doringhoben, Oberföhren, Bang, Berndt. Von den Nationalsozialisten Fried, Goebbels, Graf Reventlow, Feder. Von all diesen Heiden des Monarchismus und der Gegenrevolution war im November 1918 keiner tot, denn sie leben heute noch. Und wo waren die Schützengraben, in denen sie zu jener Zeit standen? Sie liefen offenbar durch Berlin, wo eine Reihe von den Genannten den Opfern ihrer Landsleute mit flammenden Reden und Artikeln ansrecht zu erhalten suchten. Sie liefen durch die Redaktionen der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ und am Schreibtisch des mutigen Heimkriegers Reventlow vorüber. Sie liefen durch Breslau, wo Herr v. Freitag-Doringhoben, bis vor kurzem treuer Untertan des Zaren, eine Professur innehatte. Sie durchschritten die ungebauten Karloffelder des Herrn v. Didenburg-Januschau, und sie gingen nicht zuletzt quer durch das Bezirksamt Firmoziens, wo Herr Fried als Assessor amtierte.

Tot waren alle diese Männer nicht. Wo die Kugeln pfliffen, waren sie auch nicht. Sie müssen dann also wohl zu den „Lumpen zu Hause“ gehört haben, von denen die deutschnationale Wahlbrochure spricht. Wer sie haben in der Tat die Revolution nicht gemacht. Nein, nur daß sie nicht das geringste getan haben, um sich ihr zu widersetzen und sich schützend vor die Monarchie und ihre sonstigen Ideale zu stellen. Sie schlichen mit hängenden Köpfen umher und suchten zitternd einen sicheren Unterstand. Sie waren nicht tot, aber sie stellten sich tot. Erst nachträglich haben sie wieder Courage bekommen, und die Courage dieser Feiglinge äußert sich darin, daß sie diejenigen, die 1918 aus dem Zusammenbruch und dem Chaos eine neue Ordnung geschaffen haben, beschimpfen.

## Sturmzügen im Münchener Stadthaus

Freche Provokationen der Nationalsozialisten

München, 10. September. (Eigenbericht.)

Die Münchener Stadtratsordnungs-Versammlung zog am Dienstag wegen Rauschzügen der Nationalsozialisten auf.

Als einer der nationalsozialistischen Parteiführer mit seiner Heerde gegen die Behörden loslegte, verließen sämtliche Stadträte mit Ausnahme der Nationalsozialisten und eines Deutschnationalen unter stürmischem Protest den Saal, so daß der Oberbürgermeister mit den Radaubrüdern allein war. Am Schluß seiner Heerde wandte sich der nationalsozialistische Stadtrat an die Tribünenbesucher mit den Worten: „Meine lieben Galeriebesucher“. Der Oberbürgermeister versuchte vergeblich, ihm das Wort zu entziehen. Als sich dann die Galeriebesucher, ausschließlich Nationalsozialisten, mit wüstem Gebrüll gegen den Oberbürgermeister wandten, schloß dieser die Sitzung mit den Worten: „Es ist ein Skandal!“ Dann wurden die Tribünen durch die Polizei geräumt.

# Der Nazifumpf von Gotha.

Nazi-Fritz ist Aufsichteminister.

Gotha, 10. September. (Eigenbericht.)

Bürgermeister Dr. Schmidt stellte am Dienstag über die Unterschlagungen in der Stadthauptkassenverwaltung durch nationalsozialistische Beamte unter anderem folgendes mit:

Bei der Stadterwaltung sei es im allgemeinen üblich, Beamte, die sich in Not befänden, Gehaltsvorschüsse zu gewähren. Sie müßten jedoch ordnungsgemäß auf Listen eingetragen und genau kontrolliert werden. Als der Stadtvorstand erfahren habe, daß es bei der Listenführung nicht einwandfrei zugehe, sei man zu einer Revision geschritten. Dabei ergab es sich, daß der Stadtobersekretär Schmidt, der Stadtschreiber Mäny und der Angestellte Herzog ihnen nicht zureichende Vorzahlungsbeträge bezogen hätten. Ferner habe man entdeckt, daß Gehaltsvorschüsse in falscher Höhe vorgenommen worden seien. Man habe von den belasteten Beamten Aufklärung über die Vorschüsse und über ihre Schulden verlangt. Anstatt Rede und Antwort zu stehen, hätten Schmidt und Mäny ihrem Leben ein Ende gemacht. Ob noch weitere Verschleungen vorlägen, könne zur Zeit nicht gesagt werden. Das müßte erst die eingeleitete Untersuchung ergeben. Die Stadt wolle versuchen, sich an den Erben der schuldigen Beamten finanziell schadlos zu halten.

## Hitler im Sportpalast.

„Du warst doch früher auch bei Rotfront?“

Es war nicht verwunderlich, daß die Ankündigung: Hitler spricht gestern den Sportpalast füllte. Männer mit wackeren Härten, fanatisierte bürgerliche Jungfrauen, Studenten und, das sei offen bekannt, auch verführte Arbeiter und Arbeitslose, waren zur Stelle.

Voraus aber der Zustrom zu den Nationalsozialisten tatsächlich zurückzuführen ist, das heißt ein Blick in die Reihen der Ordner auf, die den Zugang zum Sportpalast absperrten. In weißen Hemden zumeist, trugen sie knallrote Binden, und vorzüglich kennzeichnet die Situation bei den Nationalsozialisten der kleine Zwischenfall, daß ein absperrender Nazimann zu einem, der hindurch wollte, sagte: „Na, du warst doch früher auch bei Rotfront?“ Zwei Dinge treiben Hitler seine SA-Mannschaften zu: Einmal das Verbot von Rotfront vor dem Verbot der nationalsozialistischen Kampforganisationen! Es sind zum großen Teil Menschen, die ihren Kadaver, ihren Klamauk haben wollen. Das Zweite, das Wichtigste aber ist: Hitler muß berappen! Er muß herüberkommen mit der Pinte, denn sonst wird ihm womöglich noch einmal sein Goebbels-Büro in der Hedemannstraße tatz und heim geschlagen. Sollte freilich Moskau wieder mit dem Gelde spendabel sein, dann heißt es: Gestern noch auf Hitlers Koffen, heute Hitlers Frontgenossen!

Der Extrakt aus der Hitler-Rundgebung im Sportpalast bleibt der Satz: „Du warst doch früher auch bei Rotfront?“

## Bombenleger auf Wahlagitation.

Staatsanwalt macht diesem unmöglichen Zustand ein Ende.

Moskau, 10. September.

Bei Beginn des gestrigen Verhandlungstages stellte Oberstaatsanwalt Dr. Gollnik den Antrag, die Angeklagten Beder und Besche, die in den letzten Tagen oft in Versammlungen gesprochen und auch für heute eine solche angekündigt haben, in Haft zu nehmen.

Rechtsanwalt Dr. Quetgebrune nimmt das zum Anlaß, mit längerem formaljuristischen Ausführungen einen Gegenantrag zu begründen. Er sagt, es lasse sich darüber streiten, ob das Tun der Angeklagten geschmacklos oder tollwoll sei, aber das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung dürfe nicht angefaßt werden.

Oberstaatsanwalt Dr. Gollnik verteidigt nochmals seinen Antrag und nach mehr als einstündiger Beratung wird der Beschluß verfaßt, Besche und Beder neuerdings in Haft zu nehmen, da aus diesem öffentlichen Auftreten geschlossen werden müsse, daß sie Zeugen beeinflussen wollten. Der Anwalt beantragte sodann, die Sitzung zu schließen, da er zu dem Haftbefehl gegen Besche und Beder, von dem er eine schriftliche Ausführung erbittet, Stellung nehmen müßte.

Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, die Sitzung auf Donnerstag vormittag zu versetzen.

## Der faschistische Kommunismehauptling Sindermann durch Zeugen überführt.

Chemnitz, 10. September. (Eigenbericht.)

Die Chemnitzer Rede des kommunistischen sächsischen Abgeordneten Sindermann, in der er ein Bekenntnis zu einem nationalsozialistisch-kommunistischen Bündnis ablegte, hat in den Kreisen der kommunistischen Parteimitgliedschaft wie eine Bombe eingeschlagen. Unter dem Druck der Veröffentlichungen in der sozialdemokratischen Presse ist Sindermann gezwungen worden, eine Erklärung abzugeben, in der er — nach althergebrachter kommunistischer Methode — die Sozialdemokratie der Lüge bezichtigte. Dieses Ablenkungsmanöver hat indessen für die kommunistischen Heher die gegenteilige Wirkung erzielt. Der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme“ haben sich nämlich eine Anzahl von Zeugen zur Verfügung gestellt, die die nationalsozialistischen Ausführungen Sindermanns bestätigen. Sie haben die „Chemnitzer Volksstimme“ um Aufnahme einer Erklärung gebeten, in der es heißt:

„Die Unterzeichneten erklären hierdurch vor der gesamten Öffentlichkeit, daß die Ausführungen des kommunistischen Landtagsabgeordneten Sindermann, die in der „Volksstimme“ vom 5. September zitiert wurden, mit der Rede Sindermanns übereinstimmen. Im „Kämpfer“, dem Chemnitzer kommunistischen Organ, hat der Abgeordnete Sindermann eine Erklärung veröffentlicht, in der die Feststellungen der „Volksstimme“ als Lügen bezeichnet werden. Diese Erklärung ändert aber nichts an der Tatsache, daß Sindermann ein öffentliches Bekenntnis zum Faschismus abgelegt hat. Daß Sindermann sich der Bedeutung seiner Ausführungen bewußt war, ergibt sich klipp und klar daraus, daß er außerdem noch erklärt hat: „Ich sage das bewußt, und wenn morgen die „Chemnitzer Volksstimme“ meine Ausführungen in noch so großer Aufmachung bringt.“

Diese Erklärung ist von acht Zeugen unterschrieben, von denen zwei Personen parteilos sind.

# Berliner Stimmungsbild.



Goebbels fährt aus, um eine Rede gegen Bonzen, Praffer und Emporkömmlinge zu halten.

# Jungwähler und Wählerinnen!

Am 14. September entscheidet die wahlberechtigte Bevölkerung über das Schicksal des deutschen Volkes.

Rund drei Millionen junger Männer und Frauen im Alter von 20 bis 25 Jahren sind berufen, mit zu entscheiden, wie in Zukunft in Deutschland regiert werden soll. Diese Millionen Jungwähler und Wählerinnen bestimmen mit, ob Hitler-Mussolini oder Thälmann-Stalin in unseren Lande unter Mißachtung des Volkswillens herrschen sollen, oder ob der Geist der Demokratie, der Geist des Sozialismus die Richtlinien der Politik bestimmt.

## Wahlrecht ist in höchstem Maße Wahlpflicht!

Die wahlberechtigte Jugend muß sich des ihr zuerkannten höchsten Staatsbürgerrechts reif und würdig erweisen. Die Jungwähler und Wählerinnen sind die Hoffnung und Zukunft des deutschen Volkes.

Das Kaiserreich hatte für die Jugend nur Kasernen. Die demokratische Republik, die Sozialdemokratie, war es, die auch die politische Mündigkeit und Bollberechtigung gab.

Die bürgerlichen Parteien sind heute schon willens, auch dieses höchste Staatsbürgerrecht zu rauben, sie wollen die Jugend wieder in die unmündige Rolle der Vorkriegszeit zurückbringen.

Es ist kein Zufall, daß die ersten Versuche des diktatorischen Regierens mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung mit den Plänen der Wahlentziehung der Jugend zusammenfallen.

## Jugend an die Wahlurne! Jugend für Demokratie und Sozialismus! Das ist die Parole des 14. September!

Die Gegner der Sozialdemokratie, die Gegner des schaffenden Volkes sprechen von der Unreife der deutschen Jugend, um damit ihre reaktionären Pläne zu verdecken.

Die deutsche Jugend ist aber nach der Auffassung aller bürgerlichen Parteien als Steuerzahler „reif“ genug, Lohnsteuer, Bedienstetensteuer, die Kopfsteuer auf ihre Schultern zu nehmen.

Elende Heuchelei und elendes Pharisäertum ist es, was in dem Wort „unreife Jugend“ zum Ausdruck kommt.

Wahlrechtsraub bedeutet Sozialabbau.

Was kümmert die bürgerlichen Parteien die soziale und geistige Not der Jugend?

## Schamhafte Nationalkommunisten.

Nicht mit der Bendlerstraße?

Im Münzenbergischen Abendblatt bemüht man sich krampfhaft, von dem neuesten Erzeugnis des kommunistischen Opportunismus, der nationalkommunistischen Programm-erklärung abzulenken. Stolz wird dort verkündet:

„Es gibt keinen Kommunismus, der einem der Herrschaften in der Bendlerstraße nur den kleinen Finger reichen, geschweige denn sich mit ihnen an einen Tisch setzen würde.“

Warum plötzlich so puritanerhaft? Wir war es doch mit dem Frühstück bei Sekt und Austern, bei dem Seckl und Tschitscherin tête à tête an einem Tische saßen? Oder bei dem Besuch des Generals von Hammerstein, des kommenden Chefs der Herrschaft, bei der Roten Armee und der Sowjetregierung in Rußland?

Wie steht es mit dem famosen Brief Heinz Neumanns an die deutschen Offiziere vom Kaisers Geburtstag 1924?

Sitzen nicht Kommunisten bei festlichen Veranstaltungen der Sowjetbotschaft mit den Herrschaften aus der Bendlerstraße zusammen?

## Revolte gegen Münchmeyer.

Der Dekapostor als Spitzenkandidat unerwünscht.

Darmstadt, 10. September. (Eigenbericht.)

Wie der sozialdemokratische „Hessische Volksfreund“ erfährt, scheint sich die Kandidatur Münchmeyers in Hessen zu einer Katastrophe für die Nationalsozialisten auszuwirken.

Schon die Aufstellung der Reichstagswahlliste habe — so teilt der „Volksfreund“ mit — schwere Verstimmung ausgelöst. Nur höchst widerwillig hätten Münchmeyers Konkurrenten Abt und Ringhausen sich dem Diktat der obersten Parteileitung gefügt und sich den in Hessen selbst bei den Nationalsozialisten völlig unbekanntem Münchmeyer vor die Nase setzen lassen. Münchmeyer habe im nationalsozialistischen Lager keineswegs den erwarteten Anklang gefunden. Er habe sich als Demagoge entpuppt, dessen politisches Niveau trotz aller Routine und Skrupellosigkeit auch die heftigsten Hitlerleute enttäuscht habe. Witten in diese Stimmung hinein seien die Ver-

Was haben sie bisher getan in der Schaffung eines Jugendzuges, was auf dem Gebiete der geistigen Fortbildung?

Das Schund- und Schnuckgeflügel des ehemaligen demokratischen Ministers Kütz ist nur ein Beispiel dafür!

Nationalsozialisten und Kommunisten stehen heute in einer geistigen Front. Ihre gemeinsamen programmatischen Erklärungen, ihre gemeinsam durchgeführten Wahlveranstaltungen zeugen von der Bewunderung der politischen Moral.

Nationalsozialisten und Kommunisten sind die Verfechter des Diktaturgedankens, die Jugend aber braucht Selbstverwaltung und Frieden.

## Nie wieder Krieg ist die Parole der Sozialdemokratie!

Nie wieder soll auf den Schlachtfeldern Europas die Blüte der Nation vernichtet werden!

Bölkerverföhnung statt Kriegsbegeisterung! In diesem Zeichen kämpft allein die Sozialdemokratie!

Jungwähler und Jungwählerinnen! Ihr seid reif, am 14. September die Entscheidung richtig zu fällen!

Die Jugend gehört der Sozialdemokratie!

Wir fordern alle wahlberechtigten Jugendlichen auf, bis zum Wahltag unermüdet für die Sozialdemokratie, für die Liste 1 zu werden.

Die noch nicht wahlberechtigten Jugendlichen sind gleichfalls verpflichtet, der einzigen Partei des sozialen und geistigen Aufstiegs des werktätigen Volkes ihre ganze Kraft zur Verfügung zu stellen!

## Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands,

Bezirk Brandenburg-Grenzmark.

J. U.: Richard Schmidt.

Freie Gewerkschaftsjugend des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Berlin-Brandenburg-Grenzmark.

J. U.: Erich Böllner.

Jugendgruppe im Zentralverband der Angestellten, Gau Brandenburg-Pommern-Grenzmark.

J. U.: Gottfrucht Eschbach.

Arbeiter-Sport- und Kulturklub der Provinz Brandenburg.

J. U.: Robert Dehlschlager.

Öffentlichungen der sozialistischen Presse über Münchmeyers Vergangenheit gefallen, die gewaltige Aufsehen erregt hätten. Vergessen habe man auf eine klare Zurückweisung der Anschuldigungen gegen Münchmeyer gewartet. Inzwischen sei die Empörung über die Kandidatur im nationalsozialistischen Lager so angewachsen, daß man fast schon von einer Münchmeyer-Krise sprechen könne.

Einige Ortsgruppen in Rhein-Hessen, die ohnehin aufs höchste verstimmt seien, daß man die frühere Versprechung, einen Kandidaten an die Spitze der Reichstagsliste zu stellen, nicht eingehalten habe, hätten sogar mit der Niederlegung der Arbeit gedroht, wenn Münchmeyer als Spitzenkandidat nicht zurückgezogen würde. Nach den Bestimmungen des Reichswahlgesetzes sei aber eine Zurückziehung der Kandidatur im jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich. Infolge dessen habe man, um eine offene Meuterei zu verhindern, sich zu dem Kompromiß entschlossen, während der letzten Woche Münchmeyer nur noch möglichst wenig, und wenn es ohne Aufsehen gehe, in Hessen überhaupt nicht mehr auftreten zu lassen. Aus diesem Grunde sei Münchmeyer bereits am letzten Sonntag in Worms, wo er mit großem Tamtam angekündigt gewesen sei, nicht mehr als Referent erschienen, ebenso tags zuvor in Offenbach.

## Palastrevolution im Danziger Sittlerlager.

Danzig, 10. September. (Eigenbericht.)

Im Lager der Danziger Nazis ist eine Palastrevolution ausgebrochen. Sie hat bisher zum Ausschluß des nationalsozialistischen Parteisekretärs Fricke geführt. Im Verlauf der Auseinandersetzungen soll der Sturmführer Stibbe auf fünf Nazis geschossen haben.

## Mag Reinhardt und die Staatstheater.

Alterhand unkontrollierbare Gerüchte.

Reinhardt „soll“ als Oberregisseur für die Staatstheater engagiert werden. Reinhardt „soll“ einige Inszenierungen im Schauspielhaus und in der Lindenoper leiten. Reinhardt „soll“ mit der Generalintendanz wegen eines engeren Anschlusses des Deutschen Theaters an die Staatstheater verhandeln. Diese Gerüchte werden in Bühnenkreisen kolportiert, von den maßgebenden Instanzen aber vorläufig dementiert. Trotzdem scheint ihnen ein Körnchen Wahrheit zugrunde zu liegen.



# Zyanfali bei der Reichspost.

## Postbeamtin in giftigen Dämpfen hilflos erstickt.

Im Reichspostzentralamt in der Schönberger Straße in Tempelhof ereignete sich am Mittwochnachmittag ein äußerst fieser und geheimnisvoller Unfall, dem eine junge Postlaborantin zum Opfer fiel.

In dem Laboratorium des Reichspostzentralamtes war die 22jährige Laborantin Anna Suwald aus der Seidelstraße in Steglitz beschäftigt. Als gestern eine Kollegin den Raum betrat, fand sie zu ihrem Schrecken das junge Mädchen tot auf. Sie war durch Zyanaliddämpfe (1) betäubt worden; der Giftstoff hatte bereits so stark gewirkt, daß alle Wiederbelebungsversuche der inzwischen alarmierten Feuerwehr ohne Erfolg blieben. Die Leiche ist von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden. Es ist zu erwarten, daß von der Polizei eine strenge Untersuchung eingeleitet wird. Zunächst ist es völlig unerklärlich, zu welchen Zwecken im Reichspostzentralamt mit so gefährlichen Giften gearbeitet wird, und das Reichspostzentralamt wird nicht umhin können, sich schleunigst unmissverständlich darüber zu äußern. Weiterhin hat die Öffentlichkeit auch ein Recht, zu erfahren, warum die Laborantin bei ihren Arbeiten nicht hinreichend geschützt worden ist.

Auf entsetzliche Weise kam der 15jährige Lehrling Erwin Regel aus der Cadiner Straße 10 bei Elektromontagearbeiten in der Pumpstation Reinickendorfer-Platz, Leichstraße, ums Leben. Der Junge berührte mit seinem Handwerkszeug ein Starkstromkabel und wurde durch den elektrischen Schlag auf der Stelle getötet.

## Flüchtiger Kabarettregisseur.

### Künstler und Angestellte um ihre Gelder betrogen.

Im Kabarett „Marietta“ am Bayerischen Platz ist ein häßlich trauriger Mensch, deren Brotgeber seit Mittwoch, dem ersten Gagentag im Monat, spurlos verschwunden ist. Außer dem Künstlerpersonal und den Mitarbeitern, die ein Monatsengagement abschlossen und nun acht Tage umsonst gearbeitet und die übrigen drei Wochen ohne Engagement sind, wurden die Pächter des Buffets, der Garderoben und Toiletten ganz besonders schwer hereingelegt; ihre Kauttionen, die Hunderte, teilweise sogar Tausende von Mark betragen, sind verschwunden.

Eine Garderobefrau hat außer der geleisteten Kauttion auf Veranlassung ihres lauberen Chefs auch noch einen Wechsel unterschrieben, den sie jetzt einzulösen hat. Die verschiedenen Pachtverträge wurden aber nicht nur mit den im Lokal befindlichen Pächtern, sondern auch noch mit verschiedenen anderen Personen geschlossen, denen der Herr „Direktor“, Alois Dethan nannte er sich wohl, die Kauttion ablieferte, die aber niemals das Pachtobjekt erhielten. Der Direktor hat auch noch bei den Künstlern des vorhergehenden Programms beträchtliche Gagenschulden hinterlassen.

und obwohl dies bekannt war, ist es ihm mit geschickten Versprechungen doch gelungen, wieder neue Kräfte für sein Unternehmen zu bekommen. Um wenigstens etwas zu retten, haben nun die verschiedenen Pächter die Leitung des Lokals übernommen. Großenweise muß sich beispielsweise einer der Musiker, der bereits längere Zeit engagiert ist und während des ganzen vorigen Monats statt einer Gage von 800 M. ganze 30 M. erhielt, das Fahrgeld zusammensammeln; ähnlich ergeht es den Rüstlern, von dem immensen Verlust der Pächter ganz zu schweigen. Es wäre unbedingt notwendig, daß die Uebnahme eines Kabarettbetriebes von einer Konzession mit Hinterlegung einer bestimmten Kauttionssumme abhängig gemacht wird. Dunklen Geschäftsleuten, die skrupellos ein Unternehmen gründen und arbeitswillige Menschen auf gemeine Weise pressen, muß das Handwerk gelegt werden. Der laubere Herr Dethan wohnte zuletzt in der Deußstraße in Oberschöneweide. Seinen Wirtstischen hatte er mitgeteilt, daß er geschäftlich nach Homburg gereist sei. Man nimmt aber an, daß er sich in Berlin verborgen hält. Bisher ist ein Schaden von etwa 40 000 M. festgestellt worden.

## Schrecklicher Selbstmord eines Mörders

### An der Hochspannungsleitung verbrannt

Paris, 10. September.

Der Mörder des Pariser Taxichauffeurs, der vorgestern in einem Borort tot aufgefunden wurde, ist jetzt unter schrecklichen Umständen entdeckt worden. Es handelt sich um einen Soldaten, der, als er sah, daß man seiner Untat auf die Spur gekommen war, die Flucht ergriff. Die ganze Nacht hindurch dauerte die Jagd nach dem mutmaßlichen Mörder. Am andern Morgen fanden ihn Bauern vollständig verbrannt an der Hochspannungsleitung der Linie Paris-Orleans, 12 Kilometer von Orleans entfernt, aufgehängt. Der Strom von 90 000 Volt hatte den Mörder sofort getötet.

## Giftige Bohnen.

### Drei Todesopfer einer Speisevergiftung.

Milano, 10. September.

Der Kaufmann Hermann Degenhardt, seine Frau und die Hausangestellte Käthe Dahl erkrankten dieser Tage nach dem Genuß von eingemachten Bohnen unter schweren Lähmungserscheinungen. Trotz aller ärztlichen Bemühungen sind die drei Personen an den Folgen der Vergiftung gestorben. Die Untersuchung der Speisereste, die im bakteriologischen Institut des Milanoer Krankenhauses vorgenommen wird, ist noch nicht abgeschlossen.

## Ueber 60 Kommunisten festgenommen.

### Demonstrationen vor den Betrieben.

Gestern abend hatten die Kommunisten wieder einmal die Arbeitlosen vor ihren Agitationsorten gesammelt. Mehrere Tausende demonstrierten in Siemensstadt, vor den Betrieben der A.G. in Oberschöneweide, der Anordrdrehs in Lichtenberg und am Tegeler Weg. Auch das „Vorwärts“-Gebäude war zweimal das Ziel der kommunistischen Kabaubrüder, wo sie in propagatorischer Weise vorgingen. Ihre Absichten wurden jedoch durch das besonnene Verhalten der Belegschaft, die gerade den Betrieb verließ, vereitelt.

Kurz vor 20 Uhr kam es vor dem Reichspräsidentenpalais zu einem ernstlichen Zwischenfall. Etwa 80 Kom-

munisten marschierten durch die Wilhelmstraße und vor dem Palais fielen mehrere der Demonstranten über den Polizeiposten her. Der Beamte, der im Gesicht erhebliche Verletzungen erlitt, mußte aus seiner Dienstpistole einen Schreckschuß abfeuern, um sich die Angreifer vom Leibe zu halten. Die Krakeeler zogen dann weiter, zwischen der Behrenstraße und Unter den Linden wurde der Zug zwangsweise aufgelöst. Es erfolgten mehrere Festnahmen. Insgesamt wurden etwa 60 bis 70 Kommunisten zwangsgestellt und der Abteilung IA eingeliefert.

Bei dem Riesenbrand im Piräus sind 6 Matrosen ums Leben gekommen, 10 wurden schwer verletzt. 15 Petroleumantischiffe und ein Passagierdampfer wurden durch die Flammen zerstört.

## Ballonaufstieg verschoben.

### Professor Picard hofft auf baldige Wetterbesserung.

Professor Picard hat seinen geplanten Aufstieg in die Stratosphäre abermals verschoben müssen, da die Wetterlage dem Unternehmen noch immer nicht günstig ist. Zwar hat sich im Laufe des gestrigen Dienstags der Wind in Süddeutschland gelegt, doch ist die Wolkenbedeckung immer ziemlich stark und auch die Windrichtung nicht gerade förderlich.

Professor Picard rechnet nämlich selbst damit, daß er während des Aufstiegs und der Landung, die ganz allmählich erfolgen muß, evtl. sehr weit abgetrieben werden kann und daß ein Niedergehen in Entfernungen von 50 bis 500 Kilometer von Augsburg durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt. Falls nun der Ballon sehr stark abgetrieben würde, wäre es immerhin denkbar, daß eine hochliegende Wolkenbedeckung den beiden Forschern jede Aussicht über das unter ihnen liegende Terrain versperrt könnte. Für den Fall, daß Professor Picard in nördliche Luftströmungen geraten würde, könnte er also über die Alpen getrieben werden. In diesem Fall wäre eine Landung mit erheblichen Schwierigkeiten, sogar mit Lebensgefahr verknüpft, wenn der Ballon auf einem unwegsamem Berggipfel niedergehen sollte. Nach Möglichkeit will Professor Picard südliche Strömungen abwarten, um in Nord- oder Westdeutschland niedergehen zu können.

Professor Picard hat übrigens jetzt noch einige Verbesserungen an der Aluminiumgondel anbringen lassen und Hilfsinstrumente eingebaut, um seine Beobachtungen in der Stratosphäre besser kontrollieren zu können.

## „Zeppelin“ auf dem Rückflug.

### Angeblich von russischen Grenztruppen beschossen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, ist „Graf Zeppelin“ am Mittwoch um 15.44 Uhr zum Rückfluge aufgestiegen. Dr. Cäener richtete eine Botschaft an die Sowjetregierung, in der er sich für den freundlichen Empfang in Moskau bedankte. Zwischen der Ankunft und dem Abflug lag eine Begrüßungsfest, in der der Chef der Luftstreitkräfte der Sowjetunion, Baranow, u. a. ausführte: Ich bin fest davon überzeugt, daß der Besuch des deutschen Luftschiffes unter Ihrer Führung erneut die Gewähr für den Ausbau und die Festigung nicht nur der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, sondern auch einer engen Verbindung zwischen der sowjetischen und deutschen Luftflotte bietet. Allen Flugteilnehmern wurden Geschenke überreicht. Dr. Cäener erhielt einen silbernen Pokal.

Riga, 10. September.

Wie sich das Rigauer Blatt „Jaumalas Sinas“ von der lettisch-ländisch-russischen Grenze melden läßt, soll das Luftschiff „Graf Zeppelin“ beim Ueberfliegen der russischen Grenze von russischen Grenztruppen beschossen worden sein. Im ganzen sollen 16 Schuß gefallen sein. Eine Bestätigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Die Heimkehr Andrees. Im Programm der aktuellen Abreise in der Portraatskette „Wovon man spricht“ wird am Donnerstag, dem 11. September, abends 8 Uhr, der Tod von Tromsø zurückgekehrte Redakteur C. J. Klögel über die Heimkehr Andrees sprechen.

## Mahraun-Partei konzeffioniert.

### Hall-Halsen zieht seine Berufung zurück.

Vor dem 6. Ferien Senat des Kammergerichts sollte heute mittag die Berufungsverhandlung in dem Streit zwischen dem Schriftsteller Hall-Halsen und der „Deutschen Staatspartei“ wegen des Namens der neuen Partei stattfinden. In letzter Minute hatte der Anwalt Halsens dem Senat jedoch mitgeteilt, daß der Antragsteller auf die Berufung verzichte.

Von der Staatspartei wird bestritten, daß diese Zurückziehung der Berufung auf eine Einigung der beiden Parteien zurückzuführen sei.



Auch das drängende, jagende Leben tagsüber im Büro hatte seine menschlichen Freuden. Una überbot sich den kleinen Stenotypistinnen gegenüber an Liebenswürdigkeit, und da es hier kein weiterverzweigtes Kastenwesen wie bei Pemberton gab, hatte sie bei den Leuten auch Erfolg und genoss all die wohlthuende Wärme kleiner Beweise des Vertrauens. Nach den Erfahrungen mit den Herren Schwirz, Sanderson und Mc. Cullough konnten auch die lärmendsten Vertreter sie nicht mehr verletzen.

Doch das Aller schönste war der Weihnachtsabend, als eine Stunde vor Geschäftsschluß alle Unterschiede aufgehoben wurden und Herr Truax Goldstücke und Händbedrücke austeilte, und „Charles“, der Verkaufsleiter, auf einen Stuhl stieg und ein Solo sang. Herr Fein schmückte alle Schreibtische mit Stenotypmenzweigen, und eine Stunde lang waren Stenotypistinnen und Vertreter und Beamte und Chefs nichts als Freunde.

Als sie zu Schwirz nach Hause ging, bemühte sie sich, ein wenig Festtagsfreude mitzubringen. Sie wollte ver-gessen, daß er immer noch auf jene hypothetische Stelle wartete, während er von ihrem Gehalt lebte und immer mehr Entschuldigungen vorbrachte. Sie versuchte, vor sich selbst zu prahlen, daß ihr Mann es hasse, Geld von ihr zu verlangen, daß er groß und stark und männlich sei.

Sie führte ihn zum Essen aus, zu Beauvoit, in einen Saal, dessen Wände mit Gold und Teppichen geschmückt waren. Aber er betraut sich und weinte Tränen in sein Glas und jammerte, daß er nur eine Last für sie sei; und sie war froh, nach Weihnachten wieder ins Büro zurückzukehren.

2.

Der Hauch der Neuheit war geschwunden, dieses verwirrende Gefühl des Angekommenseins, sei es in einem Büro, einem Hotel in der Sommerfrische oder bei einem ge-

sellchaftlichen Empfang; Una sah nun die Leute im Büro als einzelne Wesen. Sie wunderte sich, wie sie jemals hatte glauben können, daß der Verkaufsleiter und Herr Fein einander verwirrend ähnlich wären, und daß sie nicht imstande gewesen war, sich die Namen der verschiedenen Vertreter zu merken.

Da war der Chef, Herr Daniel L. Truax, allgemein „D. L.“ genannt, ein umständlicher, höflicher Wimmerer, mit einem Gesicht, das besonders durch die rofige, zuckende Nasenspitze an ein Kaninchen erinnerte, mit einem kleinen, gelben Schnurrbart und einem kleinen runden Bauch. Er nahm sich und das Geschäft sehr wichtig, obwohl er lange nicht so gerieben war wie Herr Pemberton. Sein unerklärliches Festhalten an der Würde seines Berufs machte auch im Handelsministerium Eindruck, und er wurde zu allen Sitzungen berufen. Er war es, der die Grundstücke zum Parzellieren kaufte, und obwohl ihm Herr Fein in schwierigeren Gedankengängen überlegen war, konnte er wieder besser beurteilen, was „die Leute brauchten“; wie weit man mit Eigentumsvorbehalten gehen dürfe und welche Laune die in Bororten wohnenden Leute auf der Suche nach einem Heim gegen Norden oder Süden treiben würde.

Dann gab es einen Oberchef, den einzigen Menschen in der Firma, den Una haßte: Frau D. L. Truax. Sie war im Geschäft nicht offiziell tätig, und ihr Kommen und Gehen war ganz unregelmäßig. Ihre Tätigkeit bestand hauptsächlich darin, zu den ungelegenen Stunden zu erscheinen und einen mit ihren Fragen zur Verzweiflung zu bringen. Sie war dick, massiert, glühend, asthmatisch und nörgelte. Una hatte eine besondere Abneigung gegen die Nägel der Frau Truax. Ihre eigenen Fingerspitzen waren vom Maschinenschreiben verhärtet; das Maniküren bestand bei ihr aus einem sehr summarischen Schneiden der Nägel und abergläubischem Feilen. Doch für Frau Truax war Maniküren ein Lebenszweck. Durch das ständige Beglücken der Oberhaut hatten sich an der Wurzel jedes Fingernagels kleine rosarote Fleckpölschen gebildet.

Verglich Una diese Frau Truax mit den Komiteedamen, die in das Abstinenzlerinnenheim impinzieren gekommen waren, so gelangte sie zu dem Schluß, daß Frauen, die an Egoismus, aber nicht ans Geschäft gewöhnt sind, geleglich daran gehindert werden müßten, junge Frauen, die im Beruf stehen, Ratsschlüsse zu geben.

Die interessanteste Gestalt im Büro war Herr Fein, der jüngere Partner der Firma, ein Jude von der Harvard-Universität, der vollendete Typus des modernen Geschäftsmannes. Ernst, groß, bebrüllt, glattrasiert, mit schmalen Gesicht, einer, der das Geschäft zu seinem Beruf, und freundschaftliche Berechtigung zu seiner Religion gemacht hatte, der stets auf Zweckmäßigkeit bedacht war, die Umwandlung der Angelegten in eine Maschine jedoch verabscheute; er war der Blickpunkt und die Macht der Firma Truax u. Fein. Una hatte ihn anfangs für nüchtern und nebensächlich gehalten, doch bald entdeckte sie, daß er es war, der Herrn Truax aus dem alten Beise, den frommen Ausreden und kleinlichen Spatzamkeiten herausriß. Sie bemerkte, daß Herr Fein Bücher und die Oper liebte, und daß er außerhalb der Büro-stunden Knabenhaft heiter sein konnte.

Dann der Verkaufsleiter, diese routinierte und doch fröhliche Seele, Herr Charles Salmond, den jeder nur „Charles“ nannte — ein guter Kerl, dr ein wenig ermüdend wirkte, weil er aus nichts als aus New York bestand. Er glaubte an Broadway und an die „Follies“, an elegante Kleider, an ein Automobil, an Palm Beach und an den Bert der Heilsarmee für die unteren Klassen. Wenn Herr Fein für wirkliche Schönheit in den Vorstadtvierteln eintrat, so war es Charles, die Stimme ganz New Yorks, der wider-sprechend rief: „Wir betreiben das Geschäft nicht zum Vergnügen — dieses ganze idealistische Geschwätz ist wunderbar für die Herren, die das Geld dazu haben; aber Sie können von meinen Agenten nicht verlangen, daß sie dieses Zeug von „einfachen Proportionen“ und „vornehmen Ideen“ an Abnehmer verkaufen, die kein anderes Interesse haben, als ihr Geld sicher anzulegen und für eine Garage und zwei Kinder Platz zu haben.“

Sechzig oder siebzig Agenten; Angestellte, Mädchen — sie alle lernte Una allmählich kennen.

Schließlich war da noch eine helläugige, lernbegierige Frau, die stets gerne für jeden alles machte, sich nicht vor-drängte, sich aber auch nicht beiseite schieben ließ, eine Frau, die ein wenig von Architektur verstand und etwas mehr von der Kunst, sich hinauszuarbeiten; eine Frau, die von Una ernst genommen wurde; und der Name dieses Vorbildes war: Frau Una Golden-Schwirz.

(Fortsetzung folgt.)

# Die letzte Wählerzeitung

ist erschienen und wird **Donnerstag und Freitag** verteilt!

Die Verbreitung erfolgt von den bekannten Stellen aus, sofern die Abteilungen keine Aenderungen angegeben haben

## Zirkus Hitler.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:  
Erst jetzt von einer längeren Geschäftsreise zurück, möchte ich Ihnen noch einige Eindrücke von unterwegs schildern. In den ersten Tagen des August sprach Adolf Hitler in Frankfurt am Main. Wenn die Sozialdemokratie in einer Stadt wie Frankfurt einen besonderen Redner stellt, dann ist der größte Saal im Umfassen voll. Die Hitler-Deute wüthten, daß ihnen das nicht gelingen würde. So wurde denn eine Propaganda für die Versammlung gemacht, wie sie nur bei den großen Wanderversammlungen üblich ist. Als ich nämlich in den Tagen nach der Versammlung durch die vielen kleinen Städte des Rheingaus fuhr, sah ich die Hitler-Plakate, die zum Besuch der Versammlung in Frankfurt aufforderten, in allen diesen Städten. Und trotzdem das Land gut katholisch ist, hatte dort niemand den Mut gefunden, die Plakate, die doch für den „heidnischen Germanen“ Hitler warben, abzureißen. Wie würde es dort einer Freidenkerpropaganda ergehen. Auch die Eintrittsgelder waren wie im Zirkus. Man mußte, um den Zirkusdirektor Adolf Hitler zu sehen, 1,50 M. zahlen, und selbst den Kriegsbeschädigten nahm man 75 Pf. ab. Man mußte also, um einen Saal in Frankfurt zu füllen, die Anhänger aus der ganzen Provinz zusammenzuzwingeln. Nun darf man wirklich gespannt sein, wieviel Dumme auf den Blödsinn, den Direktor Hitlers Clowns und dumme Auguste in seiner Berliner Follie angeben, hereinfallen.

## Stimmschein besorgen!

Nicht bis zum letzten Tag warten.

Wähler und Wählerinnen, die am Wahltag aus beruflichen oder anderen zwingenden Gründen außerhalb ihres Wahlortes sich aufhalten, müssen sich bei der Gemeindebehörde ihres Wohnortes einen Stimmschein besorgen. Kleine Gemeinden stellen Stimmscheine noch am Sonnabend aus. In größeren Gemeinden können Anträge auf Stimmscheine am Sonnabend nicht mehr entgegengenommen werden, weil die Stimmkarten bereits an die Wahlvorstände ausgegeben sind. Wer einen Stimmschein benötigt, darf mit dem Antrag nicht bis zum letzten Tag warten. Es besteht sonst die Gefahr, daß der Antrag nicht mehr rechtzeitig erledigt werden kann.

## Eine Werbewoche für die Schuhe.

Am 18. September wird in den traditionsreichen Messhallen am Kaiserdom die große Internationale Lederwoche Berlin 1930 eröffnet werden. Im Zusammenhang mit dieser Ausstellung findet vom 11. bis 17. September in Berlin eine Reichs-Schuhwoche statt, veranstaltet vom Reichsverband Deutscher Schuhhändler, die der Propaganda zur Hebung des deutschen Schuhkonsums dienen soll. Sympathisch und erfreulich protokollos trugen der Verbandsvorsitzende Kommerzienrat Hartmaier, München und Syndikus Dr. Auerbach den Berliner Bevollmächtigten die begeisterten Wünsche des Handels nach größeren Umsätzen vor. Sie wiesen auf die Tatsache hin, daß in Deutschland im Durchschnitt nur ein Paar Schuhe pro Jahr auf den Kopf der Bevölkerung entfällt und daß dieser minimale Verbrauch weder den wirtschaftlichen, noch den hygienischen Bedürfnissen unserer Zeit entspricht. Größere Umsätze bedeuten größeren Verbrauch. Größere Verbrauch ist größere Beschäftigung der Arbeiter der Schuhindustrie und der Angestellten des Handels. Wenn aber Arbeiter und Angestellte millionenweise auf Pfosten geworfen werden, wie stellen sich die Herren dann eine Belegung des Geschäfts vor? Deshalb riefen sie denn auch ziemlich deutlich von dem jetzt üblichen wirtschaftlichen Zweifelspasmus ab. Es gibt nach ihren Angaben in Deutschland etwa 14.000 Schuhhandelsgeschäfte mit etwa 20.000 Schuhgeschäften, in denen etwa 30.000 Personen beschäftigt werden. 1929 gelangten in diesen Geschäften rund 72 Millionen Lederschuhe und 50 Millionen Lederschuhe zum Verkauf. Eine Preisentwertung für Schuhe sei in diesem Maße nicht möglich, da die heutigen Preise zum Teil unter dem Reichsindex liegen. Ein Werbebüro, ein Schlager aus der demnächst zur Aufführung gelangenden Revue „Wir ziehen vom Leber“ und eine originelle Revue elegant besuchter Damen und Herrenbeliebter schlossen sich an.

Die Herren vom Schuhhandel sind sich darüber klar, daß ihnen nur durch Belegung des innerdeutschen Marktes geholfen werden kann. Sehr gut! Wenn aber die Werbewoche nicht den Erfolg haben sollte, den man sich wünscht, dann sollten die Herren daran denken, daß durch immer neue Arbeitslosigkeit auch der Schuhkonsum immer mehr zurückgehen muß.

## Unter den Verdacht der Blutschande.

Schwere Beschuldigungen werden gegen einen 45 Jahre alten pensionierten Eisenbahnschaffner aus der Pappelallee erhoben. Er soll sich, wie seine 16 und 19 Jahre alten Töchter behaupten, seit Jahren in widernatürlicher Weise an beiden vergangen haben. Erst jetzt offenbart sich die ältere Tochter der Mutter, die jedoch nicht wagte, eine Anzeige zu erstatten. Das tat vielmehr ein Student, der im Hause auch wohnt und von der Sache erfahren hatte. Der Schaffner wurde vor drei Jahren pensioniert und neigt dem Trunk zu. Er soll seine Familie wiederholt schwer bedrückt haben. Seine Verfehlungen verübte er stets dann, wenn keine Frau, die als Näherin arbeitet, ihre Waren abliefern und aus dem Hause war. Der Bestgenommene bestreitet das ihm zur Last gelegte Verbrechen, wurde aber dem Richter vorgeführt, da er schwer belästigt erscheint. Die Untersuchung zur Klärung der Beschuldigungen ist eingeleitet.

## Waffenlager beschlagnahmt.

Zu unserem Bericht in der Dienstagnummer: „Waffenlager beschlagnahmt“ teilt uns die darin genannte Firma Daugs u. Cie., Berlin W. 35, Potsdamer Str. 122a, folgendes mit: „Die beschlagnahmten 275 Hülsen für Revolver (nicht Gewehrshülsen) sind nicht von einem Angestellten unserer Firma geliefert worden, sondern ein Angestellter der Firma hat versucht, ein Privatgeschäft dadurch zu machen, daß er die beschlagnahmten Ware ohne unser Wissen kaufen und weiterveräußern wollte. Die Firma Daugs u. Cie. ist bisher in keinerlei Waffenbeschaffungsprozesse verwickelt gewesen.

# Die Opfer der Arbeit kampfbereit!

Für die Partei Sozialpolitik, für Liste 1!

In über 40 Versammlungen nahmen die Arbeitsinvaliden in Groß-Berlin Stellung zur Reichstagswahl vom 14. September. Die Versammlungen, die vom Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Gau Berlin, einberufen waren, waren außerordentlich gut besucht und gaben Zeugnis von dem Kampfwillen der Opfer der Arbeit.

Mit Interesse nahmen sie Kenntnis von den Ausführungen der Redner, die mit besonderer Schärfe die sozialreaktionäre Einstellung der Regierung Brüning geißelten. Die Reichstagswahl hat für die Arbeitsinvaliden nach all dem in den letzten Monaten Erlebten eine ganz besondere Bedeutung, steht sie doch im Zeichen des Kampfes um Abbau oder Erhaltung der Sozialgesetzgebung und Fürsorgepolitik. Es heißt sich zu entscheiden, ob sie mit den Maßnahmen der Brüning-Regierung und der Verordnung des Reichspräsidenten einverstanden sind und somit bereit sind, alle die bereits eingetretenen Verschlechterungen, Erhebung neuer Steuern, Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie Reichsverfälschung hinzunehmen, oder ob sie gewillt sind, einen Reichstag zu wählen, der den Lebensbedürfnissen der hilfsbedürftigen Bevölkerung gerecht wird.

Die jüngsten Ereignisse haben auch die letzten Zweifel darüber beseitigt, daß der Weg, den die Regierung Brüning beschritten hat, für die Arbeiter und Rentner ungangbar ist.

Mit neuen ungerecht verteilten Steuern, durch einen Abbau der Sozialpolitik, verurteilt die augenblickliche Regierung ihren durch die verkehrte Finanzpolitik bürgerlicher Minister in Unordnung geratenen Reichshaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Durch diese Maßnahmen der bürgerlichen Regierung und der sie stützenden Parteien ist in den letzten Monaten die Not und das Elend der Arbeitssopfer ungeheuer vergrößert worden. Eine Enttäuschung nach der anderen haben die Arbeitssopfer Deutschlands in letzter Zeit über sich ergehen lassen müssen. Sie haben erkennen müssen, daß der Staat und die besitzende Klasse, für die sie sich durch Hingabe ihrer Arbeitskraft und Gesundheit geopfert haben, nichts für sie übrig hat. Diesen unsozialen Zustand zu beseitigen, ist auch Aufgabe der Arbeitsinvaliden. Reiflos müssen sie sich am Sonntag, dem 14. September, an der Reichstagswahl beteiligen. Keiner darf der Wahl fernbleiben. Wahlrecht ist Wahlpflicht, dies gilt auch für die Arbeitsinvaliden. Keiner lasse sich von den Propheten der bürgerlichen Parteien, von den Fürsorgeämtern der oberen Zehntausend in den letzten Tagen vor der Wahl betören!

Arbeitssopfer Berlins, sorgt dafür, daß am Sonntag, dem 14. September, die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, die Liste 1, den Sieg erringt, weil dieser Sieg auch der eure ist.

## Die Beamten reihen sich ein!

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bezirksamts Wedding nahmen in einer Versammlung in der Lichtburg zu den Reichstagswahlen Stellung. Nach einem Referat des Stadtverordnetenvorsitzers Genossen Haß, in welchem der Redner die Besprechungen und Taten der einzelnen Parteien Revue passieren ließ, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher die Versammelten geloben, sich mit allen Kräften für den Sieg der Liste 1, Sozialdemokraten, einzusetzen. Bemerkenswert war, daß unter dem Eindruck des von dem Referenten vorgebrachten Tatsachenmaterials auch die anwesenden Gegner nicht wagten, gegen die Resolution zu stimmen. Wortmeldungen von K.P.D. Leuten (sogenannten Nazis) wurden auf Beschluß der Versammlung wegen der unehrenhaften Kampfesweise der kommunistischen Partei gegen fünf Stimmen zurückgewiesen.

Der sozialdemokratische Werbeausschuß im Bezirk Lichtenberg hatte die bei Behörden und in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten zu einer eindrucksvollen Kundgebung in der Aula des Realgymnasiums an der Parlaue eingeladen. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Ministerialrat a. D. Genosse Falkenberg, sprach über das Thema „Gegen Lohn- und Gehaltsabbau, für gerechte Besteuerung.“ Diese im Vordergrund des politischen Kampfes stehenden Fragen bewegen Arbeiter, Angestellte und Beamte gleich stark. Es ist verfehlt, die wirtschaftliche und politische Entwicklung vom Gesichtspunkt des Standesinteresses allein zu betrachten. Der politische reife Beamte hat längst eingesehen, daß, wie die übrigen Arbeitnehmerrgruppen, auch er nichts weiter als nur seine Arbeitskraft zu verkaufen hat. Er weiß, daß es zur Sicherung des sozialen und wirtschaftlichen Inhalts des Berufsbeamtenstandes starker Kampforganisationen gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem bedarf.

Die hat mit Waffenbeschaffungsprozessen nichts zu tun gehabt. In dem einzigen Prozeß um ein Munitionsgeschäft, in das die Firma verwickelt war, ist in allen Instanzen ein freisprechendes Urteil ergangen. Das freisprechende Urteil ist rechtskräftig geworden. Diese unsere Rechtsstellung soll nicht so verstanden werden, daß wir uns nicht mit Waffenbeschaffungen befassen. Wir sind Lieferanten von Heeresmaterial jeder Art, machen unsere Geschäfte aber nicht in Deutschland, sondern von Ausland zu Ausland direkt mit den Regierungen der Länder, mit denen wir seit Jahren in Geschäftsverbindung stehen. Unsere Lieferanten sind ausländische Kriegsministerien und ausländische Fabriken. Beziehungen unserer Firma zur Nationalsozialistischen Partei bestehen nicht und haben nie bestanden.

Wir hatten den Bericht von einer uns bisher als zuverlässig und vertrauenswürdig bekannten Seite erhalten.

„Die Frau als Staatsbürgerin.“ Im Berliner Rundfunk spricht heute um 11.20 Uhr Genossin Paula Kurgah über das Thema „Die Frau als Staatsbürgerin“.

Diese Organisationen hat er in den freien Beamtengewerkschaften gefunden, die sich Seite an Seite stellen mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen. Den politischen Ausdruck aber finden alle Bestrebungen der gesamten Arbeitnehmerschaft in der Sozialdemokratie. Sie gibt Gewähr für eine dem Volkwohl allein dienende Staatspolitik. Es gilt deshalb, den Zusammenschluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten zu erstreben.

Die sozialdemokratische Fraktion im Bezirksamt Prenzlauer Berg hatte zu einer Kundgebung in den Sitzungssaal des Bezirksamts gerufen. Unter größter Spannung folgte die überfüllte Versammlung den Ausführungen des Genossen Kurt Heinig, der an Vergleichen zwischen früher und heute die Erfolge des sozialdemokratischen Kampfes zeigte. Die Rechte des Arbeiters, des Angestellten und Beamten auszubauen und vor den Angriffen der Brüning, Schiele und Treutmann zu schützen, ist die dringendste Aufgabe der Partei. In friedlichem Wettbewerb mit den anderen Ländern und Völkern sind die wirtschaftspolitischen Fragen zu lösen. Eine von höchster Verantwortung getragene Außenpolitik wird die Stellung Deutschlands in der Welt zu festigen haben. Das waren von jeher die Ziele der Sozialdemokratie und das werden sie auch in Zukunft sein!

## Gewalt gegen die Sozialdemokratie.

Die Siedlung Neu-Tempelhof stand am Mittwochabend im Zeichen der sozialdemokratischen Wahlpropaganda. Ein riesiger Demonstrationszug, angeführt von den Gruppen der sozialistischen Jugend, setzte sich vom Ringbahnhof Tempelhof aus in Bewegung. Rote Fahnen und Plakate leuchteten in den stillen Gartenstraßen auf. Kampflieder lockten die Bewohner an die Fenster. An einer Straßenecke nur erlösten die hierotypen Rufe der Nazis und Nazis, um im Gefächler mitzugehen. Zum Abschluß sprach in einer Kundgebung in der Volkshalle auf dem Tempelhofer Felde Stadtrat Ernst Reuter. Er widerlegte die Wahllüge, die Sozialdemokratie sei an allen wirtschaftlichen und politischen Nöten und Krisen schuld, mit dem Hinweis auf die fürchterliche Wirtschaftskrise in Amerika, wo alle die „marxistischen“ Erfindungen, wie Arbeitslos- und Krankenversicherung, Arbeiterschutz, Tarifverträge, gegen die das deutsche Bürgertum anrennt, nicht existieren. Die Sozialdemokratie soll von der Regierungsmacht ausgeschaltet werden, und nach den Anmaßungen von Treutmann unter Umständen sogar mit Gewalt. Die Forderung Brünings, man solle nicht mit Besprechungen im Wahlkampf arbeiten, schlägt den bürgerlichen Parteien selbst ins Gesicht, die ein halbes Jahr lang mit Steuerentlastungsversprechen hausieren gingen. Eine so läuzenhafte Politik, wie die der bürgerlichen Parteien, wird einmal an ihnen durch ihre eigenen bisherigen Anhänger gerächt werden. Entschend für das Schicksal Deutschlands und vor allem der arbeitenden Massen ist, daß die innerpolitischen und wirtschaftlichen Probleme sozial gelöst und außenpolitische Abenteuer vermieden werden. Die einzige Garantie für eine solche Entwicklung ist die Schaffung einer starken sozialdemokratischen Macht im Reichstag, für die wir kämpfen müssen!

## Der Wahlkampf geht auch um die Gemeinden.

Die für den 8. September nach den Posttagsfesthalten in Neutölln von der sozialdemokratischen Fraktion der Arbeiter, Angestellten und Beamten beim Bezirksamt Neutölln einberufene Wählerversammlung erfreute sich starken Zuspruchs. Die Versammlung war von einem Kampf- und Siegeswillen beherrscht. Das Referat hielt Genosse Dr. Löwenstein. Er beleuchtete die augenblickliche politische Situation vom Standpunkt der Politik der modernen Gemeinde und ihrer öffentlichen Betriebe, zeigte, wie stark das kapitalistische Interesse darauf gerichtet ist, den wirtschaftlichen und sozialen Charakter der Gemeinden auszuhöhlen. Die politische Demokratie ist das wesentliche Mittel, um auch in den Gemeinden die Ansätze der sozialen Demokratie zu sichern und auszubauen. Die kapitalistische Diktatur der Regierung Brüning bedeutet durch ihre Finanz-, Steuer- und Handelspolitik, vor allem auch durch die Kopfsteuer, eine ungeheure Gefahr. Der 14. September muß diese Gefahr beseitigen. Die bürgerlichen Parteien sind kapitalistisch und gegen die Gemeinde eingestellt. Die Nazis und Kommunisten können zwar Rabau, aber keine Politik machen. Die Sozialdemokratie ist der einzige Hort für die politische und soziale Demokratie. — Die Ausführungen Löwensteins fanden starken Beifall. Große Erregung verursachte die Mitteilung, daß ein Neutöllner Stadtmann, der nach vor einigen Monaten bei der Bewerbung um eine Stelle in die Sozialdemokratische Partei eintreten wollte, jetzt, nachdem er keinen Erfolg hatte, sich als Reichstagskandidat, allerdings an aussichtsloser Stelle, für die Mumm-Partei hat eintragen lassen.

## Neue Preise für Sonntagsrückfahrkarten.

Mit der am 1. September in Kraft getretenen Tarifserhöhung bei der Deutschen Reichsbahn sind leider auch die Fahrpreise der Sonntagsrückfahrkarten erhöht worden. Auf allen Berliner Fernbahnhöfen hat die Reichsbahndirektion Berlin neue Ausschänge mit den veränderten Fahrpreisen angebracht.

Die Reichsbahn soll nicht glauben, daß diese Erhöhungen so geringfügig sind, daß die Berliner sie nicht merken; sie haben es auch gemerkt, als die Reichsbahn in aller Heiligkeit bereits im Frühjahr dieses Jahres die Preise für einige Sonntagskarten erhöht hat.

Die Berliner täten deshalb gut, der Reichsbahn, die sich auch in bezug auf die Ablehnung der Bäderzüge für das Wannseebad als volksfeindlich erwiesen hat, einen Denktzettel zu erteilen und so oft wie möglich die mit ins Land gehenden, hübschen Fahrgelege der BSB zu benutzen.





# Deutsche Glühlampenteuerung.

## Der Osram-Konzern weicht unseren Feststellungen aus.

Unsere kürzlich gemachte Angabe, daß in England die Glühlampenpreise gesenkt worden sind und daß die amerikanischen Glühlampenpreise seit einiger Zeit unter den deutschen liegen, hat die Osram G. m. b. H. laut WTB-Handelsdienst zu folgenden Behauptungen veranlaßt:

1. In England seien auch nach der Preisfestung die Preise um 40 bis 50 Proz. höher als in Deutschland;
2. In den Vereinigten Staaten seien die 110-Volt-Lampen um 10 bis 20 Prozent billiger, die 220-Volt-Lampen um etwa 5 Proz. teurer als in Deutschland;
3. Die Behauptung, daß die Glühlampenpreise seit 1924 fast unverändert geblieben seien, sei unrichtig; die normale Lampe koste heute 20 Proz. weniger als 1924.

Dagegen werden zwei andere Feststellungen, die wir gemacht haben, von der Osram nicht bestritten: daß das Glühlampenmonopol auf dem deutschen Markt lückenlos ist und daß die Rentabilität der Glühlampenproduktion seit 1924 stark gesteigert worden ist. Um übrigen stellen wir folgendes fest:

Wie wir der englischen Zeitschrift „Electrical Review“ vom 29. August entnehmen, sind ab 1. September die englischen Glühlampenpreise für kleinere Glühlampen um 1 bis 2 Pence (8—16 Pf.), für 100-Watt-Lampen sogar um 6 Pence (48 Pf.) gesenkt worden. Die heutigen Verkaufspreise mögen noch über den deutschen liegen (etwas Gegenstückliches hatten wir auch gar nicht behauptet); die englische Glühlampenerzeugung ist ja auch unseres Wissens nicht so weitgehend konzentriert wie in Deutschland, auch sind die englischen Löhne höher. Maßgebend war aber für uns nicht die absolute Preishöhe, sondern die Tatsache einer offenbar erheblichen Preisfestung. Für diese Preisfestung müssen schließlich wichtige Gründe gesprochen haben: hauptsächlich ist der Abzug zu stark zurückgegangen.

Für Glühlampen gibt es ja seit der Kartellgründung keinen eigentlichen Markt mehr.

Die Preise werden diktiert. Zeuge ist Generaldirektor Reinhardt von der Osram G. m. b. H. selbst.

der 1926 schrieb: „Wir haben in jedem Lande sogenannte Komitees, in denen alle interessierten Firmen nach Maßgabe ihrer Beteiligung am Geschäft Sitz und Stimme haben. Diese Komitees haben für das betreffende Land die richtigen Preise und Bedingungen zu finden und haben so oft als nötig zusammenzutreten, um entsprechend den Marktverhältnissen und ihren Veränderungen die Preise zu regeln.“ (zitiert aus einem Artikel Dr. Reinhardt in den „Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Berlin“, 10. November 1926). Dieser Artikel schließt zwar mit den schönen Worten: „Es lebe der König Kunde!“, doch geht daraus einwandfrei hervor: erstens, daß nur die Produzenten und Händler den Preis bestimmen, daß die Verbraucher keinerlei Einfluß haben und zweitens — man muß dies schlussfolgern —, daß offenbar die Osram G. m. b. H., die den deutschen Markt zu mindestens 70 Proz. versorgt, nach Maßgabe ihrer Beteiligung am Geschäft in ihrer Preispolitik durch die anderen Gesellschaften kaum gestört werden kann. Dem König Kunde bleibt

also lediglich das Recht, den Preis zu zahlen, den die Osram für „richtig“ hält.

Die amerikanischen Glühlampenpreise wurden, nach Mitteilungen John Listons von der Electric Co., im März 1929 gesenkt, und zwar für 50- und 60-Watt-Lampen zu 115 Volt von 22 auf 20 Cents (von 92 auf 84 Pf.), so daß nunmehr alle hauptsächlich gebräuchlichen 115-Volt-Lampen bis zu 60 Watt einschließlich 20 Cents kosten (zitiert nach der „Electrical World“ vom 28. Dezember 1929).

Ferner wird uns von einer deutschen Verkaufsfirma mitgeteilt, daß der Kleinverkaufspreis in Deutschland für 220-Volt-Lampen von 1924 bis heute unverändert betragen haben:

15 Watt	1,20 Mark
25	1,20
40	1,40
60	1,80
75	2,20
100	2,60

Die 110-Volt-Lampen haben unseres Wissens die gleichen Preise. Verändert haben sich nach unserer Information seit 1924 nicht die Verkaufspreise, wohl aber die Händlerabgabe; diese betragen ursprünglich 33 1/2 Proz. der Verkaufspreise, wurden aber im Januar 1927 auf 25 Proz. gesenkt. Demnach wären also die

Erlöse, die die Osram selbst erzielt hat, nicht gesenkt, sondern erhöht worden.

Wir würden uns freuen, wenn die Osram eine ausführliche Liste der Großhandels- und Einzelverkaufspreise veröffentlichen würde, aus der sich die Preisentwicklung seit der Kartellgründung, also seit Ende 1924, einwandfrei ergibt.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht, zu erfahren, wie der Sachverhalt eigentlich liegt. Die Osram-GmbH. dürfte allein jährlich für etwa 120 Millionen Mark Glühlampen umsetzen. Der Verbrauch und die Produktion sind von Jahr zu Jahr gestiegen, die Rationalisierung und Zentralisierung haben große Fortschritte gemacht, Tausende von Osram-Arbeitern sind in den letzten 6 Jahren entlassen worden: da ein freier Markt für Glühlampen in Deutschland nicht mehr existiert, da die Osram-Gesellschaft keine Aktiengesellschaft ist und der Öffentlichkeit keine Bilanzen und Gewinne ausweist, so wird der Kunde wissen wollen, in welchem Umfang durch diese Veränderungen die Herstellungskosten gesenkt werden konnten und warum die Preise nicht ebenfalls heruntergelassen.

Wenn wir im Interesse der Verbraucher an diese Dinge, mit denen sich sonst die Öffentlichkeit leider viel zu wenig beschäftigt hat, rühren, so sollte sich die Osram in ihrem eigenen Interesse nicht auf einige Behauptungen beschränken, sondern sie sollte in aller Ausführlichkeit antworten. Angesichts dieser Sachlage stellen wir es der Beurteilung der Öffentlichkeit anheim, aber nun eigentlich hier der „König“ ist vor der Kunde, der ohne zu murmeln die Kartellpreise zu zahlen hat, oder Herr Generaldirektor Dr. Reinhardt, der sie bestimmt.

## Die Welt erstickt im Geld.

### Und 40 Millionen Menschen hungern.

Die noch immer zunehmende Geldflüssigkeit, von der auch der am Mittwoch veröffentlichte Reichsbankausweis Zeugnis ablegte, hat in Oesterreich zu einer neuen Diskontsenkung um ein halbes Prozent geführt. In der Schweiz ist der Privatdiskont auf 1 1/2 Proz. gesunken. Eine Senkung der offiziellen Bankrate von 2 1/2 auf 2 Proz. wird erwartet. Bei der Schweizer Nationalbank ist die Deckung des Notenumlaufs durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 104,3 Prozent gestiegen; vor einem Jahre betrug sie 79,2 Proz. Die Schweizer Privatbanken haben schon in verschiedenen Fällen die Herabnahme kurzfristiger Gelder von deutschen Banken verweigert, weil in der Schweiz keine Anierbringungsöglichkeit besteht.

Die Arbeitslosigkeit der Welt hat sich nach einer Feststellung des deutschen Konjunkturinstituts in einem Jahr von 5 auf 11 Millionen Arbeiter und Angestellte erhöht. Rund 40 Millionen Menschen hungern also. In der ganzen Welt ist gleichzeitig auch das Geld in ungeheurerlicher Weise arbeitslos geworden. So äußern sich wieder einmal die tiefen Widersprüche der kapitalistischen Welt, in der wir leben. Verändern wir diese Welt. Schaffen wir den Sozialismus, der diese Widersprüche beseitigt, weil er für den Arbeiter als Verbraucher, nicht als Profitinstrument Wirtschaftspolitik macht. Auch daran denken wir am 14. September.

## Das heißt Wirtschaftsführung!

### Besitz, notopfer\* und kapitalistische Verschwendung.

Die Notverordnung der Regierung Brüning hat auch dem Besitz ein „Notopfer“ auferlegt. Es besteht in einem fünfprozentigen Zuschlag zur Einkommensteuer für Einkommen über 8000 Mark und in einer 2 1/2prozentigen Besteuerung der Aufsichtsratsmitglieder. Für das Rechnungsjahr 1930 werden aus dem Zuschlag zur Einkommensteuer 58 Millionen Mark erwartet. Der Ertrag der Aufsichtsratssteuer ist so gering, daß er nicht einmal besonders veranschlagt ist; er ist wohl auf höchstens 3 Millionen Mark zu schätzen.

Und nun vergleiche man mit diesen Ziffern folgende: Vor einem Jahr ist ein großes deutsches Versicherungsunternehmen, die Frankfurter Allgemeine Versicherungs-A.G. (Favag) zusammengebrochen. Der Schaden, der mit diesem beispiellosen Stöckel angebracht wurde, läßt sich ziffernmäßig erst jetzt allmählich übersehen. Nach dem neuesten Status übertragen die Passiva die Aktiva um mehr als 80 Millionen, wenn man die Verluste einrechnet, die die Verwaltungsbanken als Gläubiger erleiden. Das Notopfer sämtlicher Besitzenden Deutschlands an das notleidende Reich ist also wesentlich geringer als das Opfer, das eine kleine Schicht von Geldgebern durch den Zusammenbruch eines einzigen Unternehmens bringen mußte.

Wetter: Die Banken, die im Aufsichtsrat der Favag vertreten waren und ein gerüttelt Maß von Schuld an dem Zusammenbruch dieses Unternehmens trugen, mußten sich, um an der Schadenersatzkasse vorbeizukommen, zu einem Sonderopfer bereit erklären. Sie verpflichteten auf ihre eigenen Gläubigerforderungen und be-

willigten den Aktionären eine kleine Quote auf ihre Aktien. Diese Opfer der Aufsichtsratsbanken belaufen sich auf rund 20 Millionen Mark. Das heißt also: das Opfer, das der Aufsichtsrat eines einzigen Unternehmens bei dessen Zusammenbruch gebracht hat, ist ungefähr siebenmal so groß wie das Opfer, das sämtliche Aufsichtsräte Deutschlands der Not des Reiches bringen.

Kommentar ist überflüssig! Die Wähler sollten sich aber dieses Beispiel für den kommenden Sonntag merken.

## Neues vom Preußen-Elektro-Trust.

### Erfolgreicher Ausbau der Stromverteilung.

In der Generalversammlung der Hannover-Braunschweigischen Stromversorgung-A.G. wurden für die innere Abrechnung der preussischen Elektrizitäts-A.G. wichtige Beschlüsse gefaßt. Das Kapital der Gesellschaft wurde um 4 auf 16 Millionen Mark erhöht, wobei von der Proq. 2,13 Millionen junge Aktien übernommen wurden. Ferner wurde ein Vertrag mit der Stadt Lüneburg angenommen, durch den die Kreisüberlandwerke Lüneburg und Lüneburg, die Lüneburger Kraft-, Licht- und Wasserwerke und die Kraftanlagen der Stadt Celle der Hannover-Braunschweigischen Stromversorgung-A.G. angeschlossen wurden. Mit diesen Maßnahmen wird die Zersplitterung der Krafterzeugung und Kraftverteilung in dem jetzt auf 6247 Quadratkilometer angewachsenen Verteilungsgebiet der Gesellschaft weitgehend beseitigt. Es wird eine Verbindung mit den modernen Großerzeugungsanlagen der Preussischen Elektrizitäts-A.G. (Braunkohle und Wasserkraft) hergestellt und damit die Voraussetzung geschaffen, in dem größtenteils landwirtschaftlichen Gebieten des Versorgungsbereiches die bisher noch recht geringen Stromverbraucher unter günstigen Bedingungen erheblich zu erweitern. Durch den neuen Zusammenschluß erhöht sich die Stromabgabe der Hannover-Braunschweigischen Stromversorgung-A.G. auf 85 Kilowattstunden jährlich.

## Züricher Elektrobant 12 Prozent Dividende.

Die Bank für elektrische Unternehmungen A. G., Zürich, die in enger Verbindung mit dem Brown-Boveri-Konzern und der Motor-Columbus-Gruppe steht, und die bei den Privatversicherungsbestrebungen in Deutschland auch eine Rolle spielt, erhöht ihre Dividende für das Geschäftsjahr 1929/30 auf 12 Proz. (Vorjahr 10 Proz.). Die Züricher Elektrobant ist an zehn größeren Aktiengesellschaften in Deutschland direkt und an einem Dutzend dieser Zahl indirekt beteiligt. Der außerordentlich vorzüglich angelegte Nachwert der direkten Beteiligungen in Deutschland betrug in der vorjährigen Elektrobant-Bilanz rund 16 Millionen Mark. Der buchmäßige Reingewinn der Schweizer Gesellschaft ist im letzten Jahr zwar nur geringfügig gestiegen (von 9,79 auf 9,84 Mill. Schweizer Franken bei 75 Mill. Franken Kapital), aber durch Abwicklung großer Geschäfte (Abföhung von Beteiligungen?) sind stille Reserven in Höhe von 28 Mill. Franken realisiert worden. Diese Summe soll zur Erhöhung des Referenzfonds auf 45 Mill. Franken Verwendung finden.

## Schiele produziert Arbeitslose.

### Dänemark lehnt deutsche Maschinen ab, obwohl billiger!

Die einseitige Politik des Kabinetts Brüning-Schiele fängt an, bedenkliche Früchte zu tragen. Die Boykottbewegung gegen die deutsche Ware wächst im Ausland zusehends. Ein großes Elektrizitätswerk in Dänemark (Vereinigte Elektrizitätswerke von Südwest-Dänland) hatte einen Auftrag in Höhe von 100 000 Kronen zu vergeben. Um diesen Auftrag bewarben sich vor allem deutsche Firmen, u. a. der Siemens-Konzern. Obwohl die deutschen Firmen um 10 bis 15 Proz. billiger waren als die dänische Konkurrenz, fiel der Auftrag, der den Berliner Unternehmen sicherlich gerade jetzt gelegen gekommen wäre, an die dänische Maschinenfabrik Titan.

Der Leiter der Vereinigten Elektrizitätswerke von Südwest-Dänland erklärte dazu, daß bei der Vergebung des Auftrages handelspolitische Überlegungen eine Rolle gespielt hätten. Die Wahrschneise sei nicht gegen deutsche Firmen gerichtet, mit deren Leistungen die dänische Industrie zufrieden sei, sondern sie sei vielmehr ein Protest gegen die deutsche Handelspolitik. Deutschland treibe eine Handelspolitik, die dem dänischen Wirtschaftsleben schade. Deutschland müsse sich dessen bewußt sein, wenn Dänemark Abwehrmaßnahmen ergreife. Das tue es, indem es den 100 000-Kronen-Auftrag nicht, wie wohl ursprünglich geplant, an deutsche Fabriken gebe.

Wir werden derartige Erklärungen in den nächsten Wochen und Monaten noch öfter hören. Das sind die Erfolge der einseitigen agrarpolitischen Maßnahmen des Kabinetts Brüning-Schiele. Wenn wir — in den meisten Fällen unnötigerweise — unsere Fälle übersteigern und den Import ausländischer Ware nach Deutschland abdrosseln, dann können wir uns nicht wundern, wenn das Ausland zu Abwehrmaßnahmen greift. Die Politik des Kabinetts Brüning-Schiele ist im Begriff, uns in handelspolitische Abenteuer zu stürzen, unser Handelsvertragsystem zu unterminieren, den Export zu droffeln und neue Hunderttausende in Deutschland aufs neue dem Fluch der Arbeitslosigkeit zu überantworten.

Dieser Politik muß ein energisches Halt zugewiesen werden. Wir können keinen Handelskrieg mit unseren Nachbarn, die wir mit deutscher Ware beliefern wollen, betreiben. Wir wollen mit diesen Völkern in Frieden leben. Wir wollen mit ihnen Handel treiben, um einer Arbeitslosenheer wieder in Arbeit zu bringen. Wir brauchen einen Ausbau unserer Handelsverträge und eine ehrliche und ehrenhafte Abrechnung internationaler Verträge. Die Politik des Kabinetts Brüning-Schiele muß verschwinden, um einer besseren Agrar- und Handelspolitik Platz zu machen, darum ist die Nachstärkung der Sozialdemokratie am 14. September notwendig.

## Die Verwertung des Westvermögens.

### Die Deutsche Bau- und Boden-Bank gründet eine Spezialgesellschaft.

Das sogenannte Westvermögen des Reichs, das durch den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Rheinlande freigeworden ist und dessen Wert auf etwa 130 Millionen Mark geschätzt wird, soll schrittweise allmählich veräußert werden. Aus der Beibehaltung der etwa auf 100 Millionen Mark geschätzten Wohngebäude will sich das Reich nach für den Etat 1930 eine zusätzliche Einnahme schaffen. Mit der Durchführung der Pläne ist die Deutsche Bau- und Bodenbank A. G. beauftragt, die vom Reich beherrscht wird. Die Deutsche Bau- und Bodenbank hat jetzt die „Deutsche Bau- und Grundstücks A. G., Berlin“, mit einem Aktienkapital von 500 000 M. gegründet, von der die Verwertung des Westvermögens vorgenommen werden soll. Das Reich hat der Gesellschaft am 9. September durch einen Vertrag zunächst die Verwertung der reichseigenen Wohnungsbauten in den ehemals besetzten Gebieten übertragen. Im Aufsichtsrat sollen auch die Reichsbehörden vertreten sein.

## Ruhen der Preissenkung.

### Steigende Umsätze in der Schuhindustrie.

In der Schuhindustrie haben sich nach dem Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung die seit längerer Zeit vorgenommenen Preiserhöhungen auf die Einzelhandelsumsätze günstig ausgewirkt. Für das erste Halbjahr 1930 kann gegenüber dem Vorjahr eine mengenmäßige Erhöhung der Einzelhandelsumsätze um 5 bis 10 Proz. angenommen werden. Die deutsche Ausfuhr von Lederschuhen belief sich im ersten Halbjahr 1930 auf 2,1 Millionen Paar gegen nur 1,2 Millionen Paar im ersten Halbjahr 1929. Die verhältnismäßig kleinen Lagerbestände in Industrie und Handel lassen für die nächsten Monate eine erneute Zunahme der Schuhproduktion erwarten, wenn nicht eine wesentliche Schmälerung der Kaufkraft weiter Bevölkerungszirkel eintritt.

Der Lederverbrauch der deutschen Schuhindustrie ist trotz zunehmender Verwendung von Rohstoffen aus dem Bereich der Textilindustrie im ersten Halbjahr 1930 gegen dieselbe Zeit des Vorjahres um 7 Proz. gestiegen. Die Lederindustrie hat jedoch unter dem Auftragsrückgang der Lederwarenindustrie und dem Rückgang ihrer eigenen Auslandsaufträge zu leiden, so daß ihre Produktion mit etwa 55 Millionen Kilogramm im ersten Halbjahr 1930 um rund 5 Proz. hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist. Dank der gesunkenen Hautpreise hat die Lederindustrie trotzdem nicht ungenügend abgeblieben. Der Beschäftigungsgrad bei den Arbeitern der Schuh- und Lederindustrie ist im Monat Juni nach der Gewerkschaftsstatistik geringfügig gestiegen.

## USA. wünscht Einwanderer mit Vermögen.

Sämtliche Konsulate der Vereinigten Staaten sind vom Auswärtigen Amt in Washington angewiesen worden, bei der Erteilung von Einwanderungswillien genauestens zu prüfen, ob die Antragsteller genügend Vermögen besitzen, um eine längere Arbeitslosigkeit ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu überleben.

Die Tiefbau-Beteiligung der Bosman und Rauner A. G. Berlin wurde von den Aktionären in einer außerordentlichen Generalversammlung einstimmig genehmigt. Die Gesellschaft unter der Leitung des H. G. m. b. H. im Rennbetrag von 1,25 Mill. sind demnach ebenfalls aus dem Besitz der Familie Tsch in den der Bosman u. Rauner A. G. übergegangen. Der Kaufpreis besteht in 827 000 M. neu auszugebenden Bosman u. Rauner-Aktien. Dessen Barwert 1,61 Millionen Mark beträgt (unter Berlin Kurs 195 Proz.), sind also die Tsch-Aktie mit etwa 128 T. des Rennbetrags bewertet worden.

# Alexander von Marai:

# „Verletzung“

Diese Verletzung ist unscheinbar, wie wenn eines Tages in Gesellschaft ein Mensch auf der Stirn des andern eine kleine, blaue Spur bemerkt, die Narbe eines Risses oder Schläges und ihn fragt, was es denn sei? Worauf der andere antwortet: — Nichts. Ich bin als Kind einmal gefallen und habe mich verletzt.

Der Gesanglehrer hieß Bargocz und hatte einen struppigen, schwarzen Bart. Sein Gehilfe Strache war Seminarist. Zeit nachträglich, glaube ich, daß Strache an allem schuld war. Er war es, der zu Bargocz sprach, Bemerkungen machte und mich kritisierte, anscheinend hatte er etwas gegen mich. Der Anabandchor zählte vierzig Mitglieder. Anfang Dezember tauchte Bargocz zerstreut in der Klassentüre auf, blieb stehen und schien zu überlegen. Er hielt eine Liste in der Hand, sagte halb laut die Namen vor sich hin, suchte die zu den Namen gehörenden Gesichter, schüttelte den Kopf und brumnte etwas. Gesanglehrer haben so etwas Vertrauens. Auch Bargocz umgab eine sanfte Melancholie, von Zeit zu Zeit holte er die kleine Klavierpfeife hervor und blies ohne jeden Grund ein schrilles, traurig-langesgezogenes „Aaa“ vor sich hin in die Luft. Als wollte er sich davon überzeugen, daß alles in Ordnung sei und daß die Harmonie der Töne, die von dem reinen und sicheren Grundton dieses „Aaa“, das er in seiner Westentasche trug, ausging, noch vorhanden war inmitten der brandenden Sphären. Wie alle bärtigen Gesanglehrer, lebte auch er etwas abseits von seinem Barte, der gleichsam sich selbst genügend von seinem Kinn baumelte, besonders während des Singens, wenn die Schüler beim Anblick des auf- und niederwallenden Bartes manchmal den Eindruck hatten, als fänge der Bart, für sich allein, in seltsamen Tönen mit. Bargocz drehte die Liste hin und her, suchte die Gesichter und plötzlich blieben seine Augen an mir hängen. Er trat einen Schritt zurück und begann mich mit zusammengekniffenen Augen zu mustern. Sein düsteres Antlitz erhellte sich.

„Kannst du singen?“ fragte er vertraulich.  
Ich glaube, daß es im Leben jedes großen Sängers einen solchen Augenblick gibt, wo der Einfall eines Impresarios ihn aus dem Nichts heraufschleudert. Auch Kiepara hat so begonnen. Auch Bopst hat so begonnen. Jahre hindurch sangen sie unisono, nur für sich, eines Tages jedoch kam zu ein Bargocz und winkte ihnen. Ich war ein empfindsamer und ehrgeiziger Knabe, zwölf Jahre alt. Ich stand auf. Wirklich, konnte ich singen? Bis dahin hatte ich es noch nie versucht. Tatsächlich empfand ich etwas Neuliches, als „sönnte ich, hätte aber noch nie versucht“. Ich sagte, daß ich eine angenehme Stimme habe. In mir dämmerte eine Ahnung, daß der Mensch nie eine Chance vorübergehen lassen soll. Bargocz musterte mich aufmerksam.

„Gut“, sagte er mutig. „Komm nach der Stunde ins Professorenzimmer. Du wirst die heilige Margarethe verkörpern. Ich gebe dir dein Rollenheft.“  
Die Kassa bereitete anfänglich eines Festes ein Bühnenstück vor. Auch die Mädchenrollen wurden von Knaben gegeben. Die Möglichkeit, daß ich aus einem einfachen, kleinen Pennäler von heute auf morgen zur heiligen Margarethe aufstieg, versetzte mich in einen stillen, unwahrscheinlichen Rauschzustand. Ich weiß noch heute nicht, was Bargocz zu dieser Entscheidung veranlaßte, wann und wo er in mir jene Qualitäten entdeckte, die mich, — unter vierzig anderen gerade mich — für die Rolle der heiligen Margarethe geeignet machten. Die heilige Margarethe war die Paraderolle, mit langer, blonder Perücke, einem Heiligenschein um den Kopf und langem Nachtwand. Heilige Margarethe zu sein, war so ein hors-concours-Zustand, befreite von der regelmäßigen Erledigung der Schulaufgaben und bot in jeder Hinsicht Vorteile.

Nach der Stunde ging ich in das Professorenzimmer. Bargocz kam mir entgegen und überreichte mir die Rolle. Es war eine verwickelte und lange Rolle und die wichtigste Arie, die beim Einzug der heiligen Margarethe gesungen wurde, kann ich mein Leben lang nicht vergessen. Sie lautete, in ziemlich hoher Tonlage, so:

Die heilige Margarethe (singt):

Wo die klaren Wellen der Donau  
Ein Insechen umarmen,  
Verlebte ich meine Tage...

Das war der Schlager des feinen Gesangstückes. Als ich mit der Rolle in der Hand heimwärts wanderte, und die große Arie studierte, machte ich ein Gefühl haben, als sei es die Melodie der Zukunft und als hänge alles davon ab, wie ich die Sache freierte. Auch die Popularität. Ob diese Melodie nach der Vorstellung aufgegriffen und von den Schusterjungen in den Straßen gepfiffen wird. Zwischen „die — kla“ und „der — da“ war ein feiner Uebergang, eine schwere und eine zarte Tonlage, davon hing alles ab. Aber das erfuhr ich erst am Nachmittag, als ich zu Fräulein Heddy in die Klavierstunde ging. Fräulein Heddy war sechzig Jahre alt und litt an Blähchen, sie lehrte die Kinder der Stadt jenes nette Musikstück, das „Ankunft des Schiffes“ heißt und sie selbst komponiert hatte. Heddy spielte den Einzug der heiligen Margarethe und sowohl ihr musikalisches, wie auch ihr religiöses Ich war von dem Stück angenehm überrascht. Meine Stimme konnte sie nicht beurteilen, denn sie war schwerhörig, die Arme. Abends nahmen wir mit meiner Mutter die große Arie durch und die Familie war von der Entdeckung, daß ich die heilige Margarethe sein werde, offensichtlich freudig berührt. Wir übten die Gesangspartie. Am dritten Tage war Probe. Ich war gar nicht aufgeregt. Bargocz sah vor der Orgel und übte mit dem Chor jenen Chorgesang, dessen Refrain so lautete:

Chor der Engel (singt):

Wir schwanken den heiligen Palmwedel über ihren Häuptern,  
Damit in des Lebens Räten ihr Mut nimmer sinke.

Wer sie waren, über deren Häuptern der heilige Palmwedel geschwenkt wurde, damit in des Lebens Räten ihr Mut nimmer sinke, weiß ich nicht mehr. Ueber dem Haupt der heiligen Margarethe mußte auf keinen Fall etwas geschwenkt werden, denn ich, die heilige Margarethe, stand hoch über dem Chor, ich stand vorn und allein neben Bargocz, mit dem zerklüfteten Rollenblatt in der Hand. Ich stülpte mich etwas schief auf die Orgel und erparierte meinen Lufttritt. Neununddreißig Augenpaare hingen an mir, Straches und Bargoczs Augen gar nicht zu erwähnen, die zählten extra. Ich stand in lässiger Haltung da und hörte mir diese Sache mit dem heiligen Palmwedel an. Dann machte Bargocz eine Pause, sein Bart ruhte aus, er nahm mir das Rollenblatt aus der Hand, holte die kleine Pfeife aus der Tasche und blies hinein. „Aaaa, sagte Bargocz, „siehst du an der Reihe.“  
Er nahm jede Gelegenheit wahr (sein wir nur ehelich!), um in diese Pfeife blasen zu können. Seine Hände griffen in die Orgelkasten, seine Füße in den mächtigen Schnürschuhen traten den Blasebalg. Und aus dem schwarzen Rosten schwebte erst unsicher, später mit immer stärkerer Rohestät die erhabene Arie der heiligen

Margarethe. Ich weiß es nicht ganz sicher, aber jetzt nachträglich habe ich starken Verdacht, daß Ruffit und Tegt Straches und Bargoczs gemeinsames Erzeugnis war. Bargocz bearbeitete finster und träumerisch die Orgel, die Klage der heiligen Margarethe schwebte durch die Luft des kalten Saales, es war Anfang Dezember und am Nachmittag wurden die Säle nicht geheizt, das Lied quoll als Dunstwolken aus den warmen Mäulern der Kinder.

„Na, beginne“, sagte Bargocz.  
Ich begann: Wo die klaren Wellen der Donau... Meine Kehle presste sich zusammen. Ich hatte nie geglaubt, daß es so schwer sei. Bargocz pffte. „Aaaa“, sagte er. „Höher“, rief er. Ich mußte mich durch irgendein ungewisses und nebeliges Hindernis hindurchsingen, dort am jenseitigen Ufer stand Bargocz mit der Pfeife in seinem Barte und winkte, ich solle endlich kommen; das

war alles, was ich empfand. Ich legte los. Ich sprang kopfüber in die klaren Wellen der Donau und brüllte bitter mit der ganzen, verzweifelten Hartnäckigkeit eines zwölfjährigen Kindes. Ich brüllte, wie schreit es mir ginge, weil ich meine Tage auf einem Insechen verleben müsse. Ich sprühte nach den ersten Tönen, daß sich mein Mund mit etwas Warmem füllte, das machte das Lied sein. Mir war schon alles gleich. Ich fühlte, jetzt würde ich singen, was auch geschähe. Ich kam über „die — kla“ und „der — da“ glücklich hinweg, dann schloß ich die Augen. Großes Schmeigeln entstand. Noch war das Wecheln der Orgel vernnehmbar, dann verstumte auch das. Als ich die Augen öffnete, ruhte Bargoczs Bart über der Orgel aus und Bargocz sah finster vor sich hin. Er betrachtete seine Fingernägel. Mich sah er nicht an. Dann ächzte er zweimal vor sich hin, so: „Ein, hm.“ Dann sah er Strache an, über meinen Kopf hinweg und Strache winkte ihm etwas zurück, wieder über meinen Kopf hinweg, was damals nicht schwer war, da ich Strache nur bis an den Bauch reichte. Bargocz sagte wieder hm und winkte zurück. Dann sah er sich um. (Schluß folgt.)

# Paul F. Schmidt: Eugen Diederichs

Der Tod von Eugen Diederichs beraubt die deutsche Literatur einer ihrer stärksten Anregerpersönlichkeiten. Seit der klassischen Blütezeit hat Deutschland immer das Glück gehabt, führende Verleger zu besitzen, die nicht wahllos annahmen, was der Tag ihnen zu brachte, sondern selber energisch bestimmten, was sie verlegten, und eine bestimmte Bestimmung in ihrer Produktion fundgaben. Die letzte Generation ist besonders reich an solchen Persönlichkeiten.

Eben noch haben wir E. Fischers siebzigsten Geburtstag gefeiert, und nun erfahren wir den Tod eines ihm so gar nicht ähnlich sehenden, aber gleich starken und zielbewußten Mannes. In dem abgelegenen, zumindest nicht in einem Mittelpunkt gelegenen Jena hat Diederichs seit Jahrzehnten gefessen und einen guten Teil des deutschen Schriftwesens organisiert. Er war ebenso demokratisch wie national gesonnen. Freiheit konnte er sich nicht ohne postumatische Bindung vorstellen, und alle Kultur gipfelte ihm in der geistigen Erhöhung seines geliebten Deutschlands. Aber er war niemals kleinlich oder nationalistisch; seine Zeitschrift „Die Tat“ beweist es ebenso wie seine Vorliebe für das internationale Märchen, dem er eine gewaltige Serie von Büchern widmete, aus denen das Gut der ganzen Welt sprechen sollte. Ueberhaupt war ihm der Drang zum Reichemächtigen eigenlich, die großartig ausgreifende und weitenumspannende Gedärde, die sich fast nie mit Einzelpublikationen genügt, sondern gleich in Serien dachte und handelte, und oft in so umfassenden Bücherferien, daß ihre Vollendung fast aussichtslos schien.

Immer aber schwebte diesem wahrhaft schöpferischen Manne eine hochgesteigerte Beistigkeit vor. Mit Unterhaltungsbüchern, ja, nur mit dem eigentlichen Roman hat er sich kaum abgegeben. Spitteler, Tolstoi, Böns, Kierkegaard, Fleuron gehörten

zu seinen Lieblingen, die weiten Gebiete von Kunst, Aesthetik, von religiöser und sozialer Spekulation lagen seinem Herzen am nächsten. Seine Ausgaben hatten auch buchtechnisch und buchhändlerisch stets eine Note, die sie sogleich aus allen übrigen heraus erkennen ließ. Nicht immer war das ein Vorzug zu nennen, das symbolistische Schönheitswesen des Jugendstils hat um 1900 tiefe Spuren in seinen Verlagswerken hinterlassen. Aber dann kam er wieder zu ganz reiner und klarer Sachform des Buches, und immer legte er nachdrücklichen Wert auf die köstliche Schale, in der er die Früchte seiner Autoren darbot.

Nun ist er tot. Wer ihn je bei den Sitzungen des Deutschen Werkbundes erlebt hat, dem er mit Leib und Seele als Mitarbeiter angehörte, wird diesen besonnenen und innerlich glühenden Menschen niemals vergessen; er war einer von der Art, die deutsche Kultur begründen und tragen hilft.

Eugen Diederichs wurde am 22. Juni 1867 als Sproß einer niederdeutschen Bauernfamilie geboren, deren Bestehen bis 1616 urkundlich zurückreicht. Er besuchte das Raumburger Dom-Gymnasium bis zur Obersekunda, war dann drei Jahre lang praktischer Landwirt und erlernte, nachdem er sein Einjährigjahr in Dresden erzielte hatte, seine buchhändlerischen Vorkenntnisse in Halle, Würzburg, Gera, Erlangen, Sangerhausen und Karlsruhe. Im Jahre 1896 gründete er in Florenz den Verlag Eugen Diederichs, siedelte mit diesem ein Jahr später nach Leipzig über und verlegte ihn 1904 definitiv nach Jena. In erster Ehe war Diederichs mit der Schriftstellerin Helene Voigt-Diederichs, seit 1916 mit der Schriftstellerin Lulu von Strauß und Torney verheiratet. Die Universität Köln verlieh ihm 1924 den Dr. h. c.

# Walter Dehmel: Stempelkarte Nr. 20211

Jegends im Hause schrillte ein Becker. Wie ein dünnes vergrämisches Stimmchen drang es durch das Gemäuer. Karl Stein fuhr aus dem Schlafe hoch und sah sich um. Der erste Schimmer des Tages, ein grauer, kaum wahrnehmbarer Schein, drang ins Zimmer und ließ die Konturen der Möbel erraten. Die Frau neben ihm lag trumm auf der Seite und schnauzte leise im Schlaf. Der Mann richtete sich auf und wälzte aus dem Bett steigen. Da fiel es ihm wieder erschreckend ins Bewußtsein: Das Klingeln des Beckers galt ja nicht ihm, er war doch erwerbslos. Seinetwegen konnten hundert Becker lärmern, er durfte ja liegen bleiben. Und doch, jeden Morgen, wenn dies leise Gemurmel durch die Mauer drang, wälzte er aus dem Bett und in die Sachen fahren. Jedesmal legte er sich dann mach in die Kissen zurück und grübelte.

Drüben, hinter der Wand, kettierte der andere, dem das Klingeln galt, schlaftrunken aus den Federn, war sicher ungehalten, daß die Nacht schon wieder vorbei war, murkte vielleicht über die ewige Plakerei, während er sich fröstelnd anzog. In Gedanken begleitete ihn Karl Stein an den Küchentisch, wo er, halb angezogen, eine Tasse gewärmten Kaffee schlürfend trank, langte wie jener nach Stücken und Kaffeeschale, zum Weggehen bereit. Und dann packte ihn auf einmal der gelbe Neid, wenn der andere wirklich die Treppen hinunterpollerte und er, Karl Stein, fand sich hier im Bett liegend. Run ja, man war ja wie ein Gaul, der immer und immer, Tag für Tag, Jahr und Jahr im Geschirr ging. Und sich nun nicht mehr zurückwand, wenn das plötzlich aufhörte, der Gaul abgefrängt und stehengelassen wurde. Ach, was war man doch schon müde, was war man schon für ein elender Hund, daß man einen anderen beneide um seine Mühseligkeit morgens in die Treitmühle zu müssen.

Der Mann im Bett blinzelte sich in der heller werdenden Stube um. Die Möbel waren alt und wacklig, das Bettzeug grau und verflüßigt, die Federn dünn, — es hätte ja schon lange nicht zu irgendeiner Erneuerung gelangt. Erst die monatelange Kurzarbeit, dann die Krankheit seiner Frau und nun seine Erwerbslosigkeit. Die Tapete an der Wand war auch schon durchgestoßen und abgeblättert — — Ach, es war zum Köhnen! Es litt ihn nicht länger im Bett, er stand auf und zog sich an. Die Frau wurde wach, blinzelte, fragte: „Was ist, Karl? Was steht schon auf?“ — Er fuhr ihr plump lieblosend über den Kopf: „Kann nicht mehr liegen. Nimma, schlaf man weiter!“ Und keifer für sich: „Hast Schlaf verdient, Frau!“ — Sie hörte es schon nicht mehr, schief lag ihr Kopf, sie schnarchte etwas. Ja, sie war jetzt immer todmüde. Versuchte durch Aufwartestellen und Heimarbeit den fehlenden Verdienst des Mannes zu ersetzen. Es langte ja doch nicht. Sie machte sich nur laputt.

Der Mann ging leise in die Küche. Es sah wenig einladend darin aus. Schmutziges Geschirr von gestern abend stand noch da, am Fenster, wo die Nähmaschine stand, lagen Stoffreste und Fäden. Er räunte alles ein bisschen zusammen. Ruch sich an der Wasserleitung, kammte sich. Dann ging er zur Plurtür, langte nach dem Türschloß. Versucht! Keine Zeitung! War ja abbestellt! Er legte sich auf den Stuhl hinter der Nähmaschine — glökte ins Leere. Einrierte lange — lange. Im Hause regten sich die ersten Geräusche des Tages, Schritte kramten die Treppe hinunter, irgendwo pffte einer immer wieder dasselbe Lied, — — Kwascher rauschten in den Röhren, eine Glaslampe puffte — —

Alle diese Geräusche hatte er früher nicht gekannt, nicht gespürt, was für ein verborgenes Leben die Ritztasche, das steinern kalte Ding, durchflutete. Jetzt konnte er es genau, zu genau. Die vielen, vielen leeren Stunden hatten es ihn gelehrt. Er griff nach Rod und Mühe, die Decke fiel ihm auf den Kopf. Doch ehe er ging, sah er in die Tasche, ob er auch die Stempelkarte hatte. Das war ja jetzt das Wichtigste, die Stempelkarte. Was ihm an redlichem Willen im Herzen, klugen Gedanken im Kopfe lebte, daß er ein tüchtiger Arbeiter war — das war alles nicht so wichtig; — wichtiger war, daß die Stempelkarte da und in Ordnung war. Er sah das abgegriffene, fleckige Stück Karton an. Nr. 20 211

stand in großen Ziffern oben auf der Vorderseite, sehr viel kleiner war darunter geschrieben, was sich hinter dieser Nummer verbarg: — ein Mensch mit Namen, Beruf, Geburtstag und -ort. Er kloppte die Karte auf, da waren die langen schmalen Reihen mit den vielen, vielen Stempeln, — mit jedem war ein verlängerter Tag, ein vergeblicher Gang zum Arbeitsnachweis verbunden. Mit einer müden Bemegung steckte Karl Stein die Karte ein und ging.

Die Straße war noch leer, eine verfliehte Sonne warf durch das Laub der Straßenbäume kleine Kringel auf den Boden. Zögernd ging der Mann, lenkte seine Schritte zum Fluß hinunter, hockte sich auf einen Stein. Das Wasser war trübe und schlammig, — die Fabriken mit ihren Abwässern hatten den Fluß verdreht, vergiftet, — alle Fische starben in diesem Modder. Ein Schlepptzug kam langsam vorüber, ruhige Köhne, bis oben an mit Kohle beladen. Karl wollte ausrechnen, wieviel Zentner Kohle wohl noch ein Kahn fassen könne, — dabei fiel ihm plötzlich ein, daß er selbst keine Kohle mehr im Hause hatte; sich diesmal nichts hatte hinlegen können für den Winter. Wieder kamen die bohrenden Gedanken — Herrgott, was sollte das bloß werden? — — Er spuckte ingrinnig aus und ging zum Arbeitsnachweis.

Auch hier war ihm alles bekannt, zum Uebelwerden genau bekannt. Ein großer langer Raum, ein paar Schalter, einige Bekanntmachungen und Vorschriften an den Wänden, in der Ecke ein paar rohe Tische und Bänke und dazu ein buntes Gemisch von Männern, Jungen und Alten. Die jüngeren spielten meist Karten und erzählten Mädelgeschichten, — die älteren, mit der Sorge um die Familie beladen, murmelten, politisierten fanatisch oder meckelten stumm. Arbeit gab's nicht, man reichte seine Karte ins Schalterfenster, da wurde ein Strich für die Statistik gemacht und in die Karte ein Stempel gedrückt, — fertig! So sinnlos und niederdrückend war das alles — Karl Stein machte, daß er wieder auf die Straße kam.

Eine seltsame Untate beherrschte ihn jetzt immer. Nur nicht stille sitzen, dann war die Untätigkeit nicht auszuhalten. Er lief ganze Vormittage in den Straßen umher, guckte hier in ein Schaufenster, las da an einer Säule ein Plakat. — Auch heute lief er so umher. Als er in eine größere Straße einbog, sah er seinen Freund Erich in einer kleinen Gruppe Postanten vor einem Schaufenster stehen. Neugierig trat er hinzu, zapfte den Freund am Ärmel. Der grüßte kurz und zeigte auf ein Schild, auf das die Leute hier alle interessiert starrten. Karl rechte sich, noch sah er es nicht deutlich. „Ziehung — las er, Hauptgewinn, 500 000 Mark“, — noch sah er die Nummer des Gewinnes nicht deutlich. — — „Rechenstünd, die Nummer habe ich!“ sagte er plötzlich ziemlich vernünftig; — verwunderte, erstaunte Gesichter drehten sich ihm zu, — Erich nickte ihn gespannt an. Sollte der am Ende gar — —? Karl Stein sah in die Tasche — die Spannung wuchs —, er schwenkte etwas, aber das war ja kein Los — enttäuscht wandten sich die Sensationslüsternen ab. — Der hatte sie wohl zum Karren? — Einer lachte: „So ein Spahnpögel, der Kerl hat Humor!“ Erich glökte — Karl schwenkte nach immer die Stempelkarte in der Luft umher. „Dawohl!“ sagte er, „siehste, oller Junge, die Nummer hätten wir schon, aber nicht das richtige Papier! Dafür ist es ja auch eine Rollenlotterie! Wir haben eben nicht die richtige Klasse erwählt! Wir müssen in „unserer Lotterie“ — er hielt ihm die Stempelkarte vor die Nase — zufrieden sein, wenn wir mal mit einem Frellos rauskommen, das wir wieder eine Weile mitspielen können!“

Sie gingen wortlos nebeneinander her. Schwiegen. — — Nach einer Weile sagte Karl ernst: „Lieber Junge, merkst du nicht, daß uns von dort — er zeigte zum Schaufenster zurück — keine Hilfe kommt? Was nützt es uns, wenn einer von vielen Tausenden da einen Treffer macht? Einer aus Tausenden der vielen anderen? Nein, Erich, wir müssen dafür sorgen — und wenn wir als einzelne auch noch so verzweifelt sind —, daß die ganze Geschichte anders eingeleitet wird, mit dem Geld und der Arbeit und mit allem! Denk mal nach über das Lotterielos mit dem Hauptgewinn und der gleichen Nummer der Stempelkarte! Auf Wiedersehen, Erich!“